

DEUTUNGSMUSTER ZUM ERFOLG DER AFD BEI DER BUNDESTAGSWAHL 2017

EIN BERICHT ZU NEUEREN
EMPIRISCHEN STUDIEN

THOMAS FALKNER UND HORST KAHRS

THOMAS FALKNER
Vorstandsreferent Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg
thomas.falkner@linksfraktion-brandenburg.de

HORST KAHRS
Institut für Gesellschaftsanalyse
Horst.Kahrs@rosalux.org

Inhalt

Einleitung	3
Ausgewertete Studien und ihre Datenbasis.....	6
Zur sozialökonomisch-kulturellen Dimension.....	10
Die neue Konfliktlinie	13
Exkurs I: Wie misst man Abstiegsängste?	17
Exkurs II: Populismus - Methode ohne Inhalt?	19
Mobilisierungslinien 2016/2017	21
Regionale Dimension	24
Genesis.....	26
Kulturelle Dimension. Lebensweisen, Mentalitäten im Wandel.	29
Die Lebenswelt der AfD-Anhängerschaft	29
Worum es geht	30
Kulturkampf als Methode und Basis.....	30
Empfehlungen für Gegenstrategien.....	32
Grundsätzliches.....	32
Ansatzpunkte für Gegenstrategien.....	34
LINKE und AfD	36
Zusammenfassung und Kommentar.....	38

EINLEITUNG

Die Bundestagswahl 2017 verweist auf eine tiefe Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Diese Zäsur wird vor allem daran deutlich, dass mit der »Alternative für Deutschland« erstmals eine Partei mit politischen Positionen deutlich rechts von der Union in den Deutschen Bundestag einziehen konnte.

Die AfD erreichte dabei sogar ein zweistelliges Ergebnis. Dies war nicht Ausdruck einer plötzlichen Eruption im Parteiensystem. Die AfD war bereits vor der Bundestagswahl hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Verankerung eine weitgehend konsolidierte Partei. Sie war in 13 Landtagen vertreten.

Schließlich hatte die Partei *Hensel/Finkbeiner* zufolge

auch auf kommunaler Ebene einen fast flächendeckenden Organisationsaufbau vollzogen. Die Mitgliederentwicklung ist ebenfalls von hoher Dynamik gekennzeichnet. Bereits Ende 2013 konnte die AfD über 17.000 Mitglieder verzeichnen ... im Laufe des Erfolgsjahrs 2016 ... ca. 26.000 Mitglieder. (S. 13)

(Finanziell – d.A.) scheint die Partei zunehmend von Kleinspenden zu profitieren. So gelang es der AfD in den letzten beiden Monaten des Jahres 2016, 2,3 Millionen Euro von rund 33.200 Spendern zu sammeln. Immer wieder weisen Medienberichte zudem auf Großspenden sowie andere Formen der finanziellen und logistischen Unterstützung aus dem Ausland hin. (S. 14)

Gleichwohl ist die AfD noch immer eine Partei im Wandel, ein »gäriger Haufen«, wie Parteichef Gauland einräumte. Dieser Wandel macht eine kontinuierliche, umfassende Beobachtung erforderlich, um verstehen und nachvollziehen zu können, was sich in der AfD und um sie herum vollzieht, warum das geschieht und welche gesellschaftlichen Entwicklungen sich darin wie widerspiegeln. Eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen und Studien kommt mittlerweile diesem Bedürfnis nach. Mit diesem Literaturbericht skizzieren wir einen Zwischenstand.

Bei der Auswahl der zu berücksichtigenden Texte unterscheiden wir zunächst zwischen eher empirisch geleiteten Studien und eher (begriffs-)theoretisch inspirierten Arbeiten, die sich um ein politik- bzw. sozialwissenschaftliches Verständnis von Populismus und AfD-Erfolgen bemühen. Letztere bleiben hier weitgehend außen vor bzw. wären in einem gesonderten Bericht abzuarbeiten. In der vorliegenden Arbeit befragen wir schwerpunktmäßig die Befunde, Untersuchungen und Studien, die mit dem Fokus auf die Bundestagswahl 2017 entstanden sind und helfen, ihr Ergebnis vor allem bezüglich der AfD auszudeuten. Das setzt nicht zwingend voraus, dass die Datenerhebung in jedem Fall nach der Wahl erfolgt ist. Allerdings finden nur Studien Berücksichtigung, deren empirische Basis nicht weiter als 2016 zurückreicht, da

davon auszugehen ist, dass sich die Anhängerschaft der AfD aufgrund der gesellschaftspolitischen Debatten über »Zuwanderung“ und »Integration“ seit 2015 verändert hat.¹

Besondere Aufmerksamkeit verdienen empirische Daten, die nach der Bundestagswahl erhoben worden sind. Während Datenmaterial vor dem Wahltag nur auf *mögliche* Entscheidungs- und Verhaltensmuster zu befragen war, können aktuellere Daten dazu beitragen, *tatsächliche* Entwicklungen verständlich zu machen und zu interpretieren. Daher liegt das Schwergewicht auf nach dem Wahltag angestellten empirischen Erhebungen und Studien. Veröffentlichungen, die seit dem 1. März erschienen sind, konnten keine Berücksichtigung mehr finden.

Die hier ausgewerteten empirischen Studien hatten etliche Vorläufer, die zu früheren Zeitpunkten abgefragt wurden. Sie fanden verschiedene Muster vor, in denen die AfD-Wahlerfolge gedeutet wurden:

- Deutungen, die vor allem sozio-ökonomische Entwicklungen als Ursachen anführten und mit Begriffen aufwarteten wie: wachsende Unsicherheit (”Prekarisierung”) in der Arbeitswelt, zunehmende soziale Ungleichheit, sich verfestigende soziale Spaltung, deutlichere Spaltung in »Gewinner« (meist: Akademiker gemeint) und »Verlierer« (meist: Arbeiter gemeint) der »Globalisierung«, boomende und abgehängte Regionen;
- Deutungen, die den Aufstieg der Rechtspopulisten vor allem als Gegenreaktion auf vielfältige kulturelle bzw. postmaterielle Modernisierungen seit der 68er-Bewegung betrachteten: gegen Gleichstellung von Frauen, gegen Minderheitenrechte, gegen kulturelle Vielfalt und Entwertung traditioneller, konservativer Normen und Lebensführungsmodelle;
- Deutungen, die unmittelbarer vom politischen Feld ausgingen: Leerlaufen demokratischer Verfahren und Institutionen und Verlust politischer Steuerungsfähigkeit (Stichwort »Postdemokratie“), Parteienverdrossenheit und Erosion der Volksparteien, fehlende Unterscheidbarkeit der »etablierten Parteien“, Neugruppierung des Parteiensystems entlang neuer Konfliktachsen (global vs. national bzw. kosmopolitisch vs. kommunitaristisch).
- Deutungen, die einen Aspekt von Wahlerfolgen der AfD, die überdurchschnittliche Zustimmung in bestimmten (sozialen) Merkmalsgruppen, zur Erklärung des gesamten Phänomens überhöhten.

Die eher sozioökonomisch inspirierten Deutungen ließen allerdings die Frage unbeantwortet, warum Bürger und Bürgerinnen in der gleichen sozialen bzw. sozialräumlichen Lage zu unterschiedlichen politischen Entscheidungen kommen. Auf dem anderen Deutungspol konnte nicht hinreichend erklärt werden, warum »immer schon« vorhandene Wertorientierungen, autoritäre, fremdenfeindliche und antiplurale Einstellungen gerade jetzt zur erfolgreichen Implementation einer neuen Partei im parlamentarischen System führten. Ähnlich verhält es sich

¹ Für diese Grenzziehung spricht der deutliche Aufschwung bei den Landtagswahlen 2016 gegenüber den Wahlen 2014. Zudem berechneten die Wahlforscher von Infratest dimap für die Bundestagswahl 2017, dass rund 30% der 2,05 Mio. AfD-Wählerinnen und -Wähler von 2013 die Partei nicht wieder wählten. Etwa die Hälfte der Abgewanderten beteiligte sich nicht an der Wahl 2017, die andere Hälfte entschied sich vor allem für FDP, CDU und SPD.

mit den Deutungen, die eine verbreitete Parteien- oder Demokratieverdrossenheit ins Zentrum der Erklärung stellten.

Die aktuelleren Deutungen zeichnen sich gegenüber früheren dadurch aus, dass sie eindimensionale und monokausale Erklärungsmuster von vornherein meiden. So wird etwa nicht mehr davon ausgegangen, dass sich bestimmte soziale Veränderungen unmittelbar in rechts-populistische Einstellungen und Handlungen übersetzen, sondern dass dazwischen eine subjektive Verarbeitung liegt, die von vielen Faktoren beeinflusst sein und zu unterschiedlichen Ergebnissen führen kann. Vielmehr wird eher von einer Verschränkung verschiedener - je nach theoretischem Hintergrund - Faktoren, Ebenen oder Felder ausgegangen, von einem Ursachenbündel oder einem »AfD-Syndrom«.

Wir haben uns daher für eine Gliederung entschieden, die versucht, dieser Vielschichtigkeit nachzukommen. Wir beginnen mit Deutungen, die von sozialökonomischen Dimensionen mit kulturellen Weiterungen ausgehend neue politische Konfliktlinien ausmachen. Anschließend werden Studien ausgewertet, die einen Schwerpunkt auf unterschiedliche regionale Ausprägungen, insbesondere auch die Ost-West-Unterschiede, legen. Daran schließt die Frage nach der Genesis an, welche Bedeutung der Krise der Flüchtlingspolitik ab Sommer 2015 zukommt und wo längerfristige Linien erkannt werden. Wenn davon ausgegangen wird, dass die rechts-populistischen Potentiale in der deutschen Bevölkerung schon vorhanden, aber anderweitig politisch gebunden waren, so verweist die Frage, was wann warum zur parteipolitischen Formierung dieser Einstellungen und Sichtweisen geführt hat, zwar auf den ersten Punkt zurück, es bleibt aber die Frage nach der kulturellen Dimension, den Lebenswelten der AfD-Anhängerschaft und der Rolle des Kulturkampfes. Der letzte Gliederungspunkt des Literaturberichts versammelt Empfehlungen für Gegenstrategien. Zuletzt folgen unsere zusammenfassenden Thesen.

Wir haben uns dafür entschieden, die Studien weitgehend für sich sprechen zu lassen. Andererseits ersetzt dieser Bericht deren Lektüre nicht. Wir haben weitgehend auf eine Wiedergabe der empirischen Ergebnisse verzichtet und uns auf die zusammenfassenden Schlussfolgerungen beschränkt. Auch haben wir auf eine kritische Würdigung der verwendeten Typen-Bezeichnungen wie »kritische Bildungselite« oder »missachtete Leistungsträger« verzichtet, weil damit der Rahmen dieses Literaturberichtes gesprengt worden wäre. Mit eigenen Kommentaren und Wertungen schließlich haben wir uns zurückgehalten. An einigen Stellen hielten wir sie für unumgänglich und haben sie als solche kenntlich gemacht.

Die Wahlentscheidungen für die AfD sind Entscheidungen einzelner Personen, die gleichwohl kollektiv getroffen worden bzw. entstanden sein können: in Gesprächen im Familienkreis, unter Nachbarn und Kollegen, in Vereinen. Auch die jetzt vorliegenden Studien lassen offen, in welchem Ausmaß dahinter eine Übereinstimmung mit den (vermuteten, wahrgenommenen) Zielen der AfD stand und in welchem Umfang die Wahl weniger aus Übereinstimmung mit der AfD denn aus Protest gegen andere Parteien erfolgte. Nicht alle AfD-Wählerinnen und Wähler sind Nationalisten und Fremdenfeinde, aber alle wussten, dass die AfD solche Positionen vertritt. Gleichwohl gilt: die individuellen Motive bleiben der empirischen Forschung weitgehend verschlossen.

Qualitative Befragungen können sehr gut einzelne Motivlagen herausarbeiten, aber die Verbreitung dieser Motivlagen bleibt unklar bzw. spekulativ. Quantitative Befragungen können noch so repräsentativ angelegt sein, sie führen immer zu statistischen Häufungen, bestimmten

Merkmalsausprägungen. Durch Clusterungen können »Typen« konstruiert werden, die in der Regel auf bestimmten überdurchschnittlich vorkommenden Einstellungen oder Merkmalen beruhen. Tatsächlich erlauben solche statistischen Artefakte keine Rückschlüsse auf die Motive einzelner Individuen und weiter: Es wird sich kaum eine Person finden lassen, die einem der im folgenden erscheinenden Typisierungen vollumfänglich entspricht. Und schließlich gilt für beide Sorten empirischer Studien: Es handelt sich um Erhebungen zu einem bestimmten Zeitpunkt, nicht ausgeschlossen, dass ihre Ergebnisse nach abgeschlossener Auswertung bereits überholt sind.² Bei all dieser nötigen Skepsis gegen übertriebene Empirie-Gläubigkeit gilt jedoch: Fundierte empirische Studien sind immer noch das beste sozialwissenschaftliche Instrument, die soziale Lebenswelt außerhalb der eigenen systematisch in politische Ziel- und Strategiebildung einzubeziehen.

AUSGEWERTETE STUDIEN UND IHRE DATENBASIS

Studien aus der Bertelsmann-Stiftung

- Für die Bundestagswahl 2017 wurde für die repräsentativen Stimmbezirke der Wahlforschung von Infratest-dimap des Wahlverhalten in den kleinräumigen Sinus-Milieus (microm-Milieus) analysiert. Zur Erfassung des Wahlverhaltens wurden Individualdaten aus einer Nachwahlbefragung der YouGov-Online-Panel von 2017 und 2013 (jeweils über 10.000 Befragte) verwendet:
 - Robert Vehrkamp und Klaudia Wegschaider: Populäre Wahlen Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, BertelsmannStiftung 2017 [Vehrkamp/Wegschaider 2017]
- Im Rahmen des eupinions-Projektes zur Erforschung der öffentlichen Meinung in Europa (www.eupinions.eu) werden regelmäßig Einstellungen und Meinungen in den 28 EU-Mitgliedsstaaten von Dalia Research Berlin erhoben. (Datenerhebung hier: Juli 2017, 10.775 Befragte):
 - Catherine E. de Vries & Isabell Hoffmann: Globalisierung und die europäische Integration: Bedrohung oder Chance? Wahrnehmungen, Kenntnisse und politische Präferenzen der EU-Bürger. eupinions #2018 /1, BertelsmannStiftung, Gütersloh, 2018 [de Vries/Hoffmann 2018]
- Infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft befragte im Auftrag der Stiftung telefonisch 5.041 Befragte im Alter ab 16 Jahre. Die Stichprobe wurde regionalisiert nach Raumordnungsregionen (daher: »Regionalsurvey«). Erfasst werden sollte die

² Aus diesem Grund haben wir Ergebnisse aus den laufenden Umfragen der Meinungsforschungsinstitute vollständig verzichtet und Studien einbezogen, die für sich methodisch fundiert den Anspruch erheben, nicht nur aktuelle Stimmungen abzufragen.

Verbreitung von populistischen Einstellungen, der Fragebogen wurde in Zusammenarbeit mit der Jacobs University Bremen entwickelt:

- Robert Follmer, Dr. Jette Kellerhoff, Fridolin Wolf: Vom Unbehagen an der Vielfalt. infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2018 [Follmer/Kellerhoff/Wolf 2018]
- In Zusammenarbeit mit Infratest-dimap entstand eine Online-Panel-Umfrage in drei Befragungswellen (Juli 2015: 2.101 befragte Wähler und Nichtwähler der Bundestagswahl 2013; April 2016: 1.684 Befragte aus vorherigem Panel; März 2017: 1.464 Panel-Befragte und 907 Neubefragte):
 - Robert Vehrkamp und Christopher Wratil: Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017, Gütersloh 2017 [Vehrkamp/Wratil 2017]
- Verschiedene Datenquellen (u.a. Manifesto Projekt, World Values Surveys 2015, European Values Study 2015, ALLBUS 2016) wurden im Rahmen des Stiftungs-Projektes »Lebendige Werte« analysiert:
 - Marc Helbling, Oliver Strijbis: Wie weltoffen ist Deutschland? Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2018 [Helbling/Strijbis 2018]

Studien aus der Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung gab 2016 eine umfangreiche repräsentative Erhebung unter dem Titel »Soziale Lebenslagen« bei *policy matters* (Rita Müller-Hilmer, Richard Hilmer) in Auftrag. Datenbasis: Online-Panel-Studie »Soziale Lebenslagen«, die *policy matters* im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt hat. Die Studie bestand aus mehreren Befragungswellen. Die erste Welle wurde in der Zeit vom 16.01. bis 01.02.2017 mit 4.892 repräsentativ ausgewählten wahlberechtigten Personen durchgeführt. Eine zweite Erhebungswelle fand im April/Mai 2017 mit rund 3.900 Teilnehmenden statt. Eine dritte Welle unmittelbar nach der Bundestagswahl diente der Erfassung des tatsächlichen Wahlverhaltens (rund 2.000 Teilnehmende).

Auf der Basis der ersten beiden Befragungswellen entstand die im August 2017 veröffentlichte Studie:

- Richard Hilmer, Bettina Kohlrausch, Rita Müller-Hilmer und Jérémie Gagné: Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitglieder; Working Paper Forschungsförderung 44, August 2017 [Hilmer/Kohlrausch et al. 2017]

Das erfragte tatsächliche Wahlverhalten floss in die beiden im Februar 2018 veröffentlichten Studien ein, wurde aber nur in der erstgenannten ausgewertet:

- Rita Müller-Hilmer, Jérémie Gagné: Was verbindet, was trennt die Deutschen? Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahre 2017; Forschungsförderung Report 02, Februar 2018. [Müller-Hilmer/Gagné 2018]
- Bettina Kohlrausch: Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus; Working Paper Forschungsförderung 58, Februar 2018. [Kohlrausch 2018]

Studien aus dem DIW bzw. auf Basis der vom DIW erhobenen SOEP-Daten

- Untersuchung zum Wandel der Wählerstruktur auf Basis der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaft (ALLBUS) mit Daten bis 2016 und Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) des Jahres 2015:
 - Karl Brenke und Alexander S. Kritikos: Wählerstruktur im Wandel. DIW WOCHENBERICHT NR. 29/2017 vom 19. Juli 2017 [Brenke/Kritikos 2017]

Untersuchung auf der Basis der Wahlkreisergebnisse 2017 und sozio-ökonomischer Merkmale der Wahlkreise (ohne Individualdaten-Erhebung):

- Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos: AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. DIW Wochenbericht 8/2018, DIW Berlin [Franz/Fratscher/Kritikos 2018]

Untersuchung auf Basis der SOEP-Daten (1991-2016):

- Holger Lengfeld: Abstiegsangst in Deutschland auf historischem Tiefstand; Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie Universität Leipzig, Nr. 73, August 2017 [Lengfeld 2017b]

Sonstige

- Umfragedaten von Infratest dimap im Auftrag des SWR, 23.-25. November 2016, Stichprobe n=1.031 Wahlberechtigte:
 - Holger Lengfeld: Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Published online 22.6.2017 [Lengfeld 2017a]
- Berücksichtigung von Daten diverser Umfrageinstitute (ohne eigene Erhebungen):
 - Dennis Eversberg: Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise. Working Paper 7-2017 der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, Jena 2017 [Eversberg 2017]
 - Matthias Hartl, Jana Faus: Die AfD mag scheitern, ihre Ex-Anhänger sind weiter da. In: Berliner Republik, Berlin, Heft 3+4/2017, S. 11- 13 [Hartl/Faus 2017]
- Daten des Bundeswahlleiters zu den Bundestagswahl 2013 und 2017, Wahlkreisergebnisse und repräsentative Wahlstatistik:
 - Christoph Richter und Lukas Bösch: Demokratiefere Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017. Eine Studie im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung. IDZ Institut für Demokratie und Gesellschaft/Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit 2017 [Richter/Bösch 2017]

Qualitative Erhebungen

- Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.: Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung. Frankfurt am Main 2017 [*Hensel/Finkbeiner 2017*]
- Dieter Sauer, Ursula Stöger, Joachim Bischoff, Richard Detje, Bernhard Müller: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg 2018 [*Sauer et al. 2018*]

Weitere Texte, die als Hintergrund für die Wertungen bedeutsam sind:

Falkner, Thomas: Bundestagswahl 2017 - Deutungsmuster zur AfD. Vortrag für die AG AfD beim Parteivorstand der LINKEN. Berlin, 17. 1. 2018.

https://drive.google.com/file/d/1Vd_YxjJIWgXdNpXYvFPYIPvhyVVjwPUx/view?usp=sharing

Dirk Jörke, Veith Selk: Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg 2017

Horst Kahrs: Jenseits der Statistiken sozialer Ungleichheit. Facetten modernisierter Beziehungen zwischen Arbeitswelt, Lebenswelt und Politik; in: Sozialismus, 7-8/2016, S. 5-10

Horst Kahrs: Neuer Nationalismus - Verteidigungsstrategie in globalen Verteilungskämpfen; in: Sozialismus, 4/2017, S. 17-24

Horst Kahrs: Politische Suchbewegungen in Zeiten tiefer sozialer Transformation; in: Martin Beck/Ingo Stützle (Hrsg.): Die neuen Bonapartisten, Berlin 2018, S. 125-144

Horst Kahrs: Die AfD als Konkurrenz für DIE LINKE? in: Alexander Häusler (Hrsg.): Völkisch-Autoritärer Populismus, Hamburg 2018, S. 61-68.

Wolfgang Knöbl: Populismus für alle! <https://soziopolis.de/lesen/buecher/artikel/populismus-fuer-alle/> 20.03.2018 [*Knöbl 2018*]

Volker Weiß: »Die Neue Rechte profitiert von Tabubrüchen«. Historiker Volker Weiß erklärt, wer die Neuen Rechten sind, wen sie ansprechen, wie sie beeinflussen und wie Demokraten dagegenhalten können FR-online 14.07.2017 13:41 Uhr [*Weiß*]

ZUR SOZIALÖKONOMISCH-KULTURELLEN DIMENSION

Einen, wenn nicht den Schlüsselbefund liefert die *Bertelsmann-Stiftung* mit ihrer groß angelegten Nachwahlstudie »Populäre Wahlen - Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017« von *Robert Vehrkamp* und *Klaudia Wegschaider*. Hier heißt es:

*Zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten hat sich bei einer Bundestagswahl die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung spürbar verringert. Gleichzeitig zeigt das Wahlergebnis jedoch eine neue Konfliktlinie auf: zwischen **Modernisierungsskeptikern** und **-befürwortern**. Diese Spaltung könnte auch in Zukunft die politischen Auseinandersetzungen und Wahlergebnisse prägen. (Hervorhebung - d.A.)*

Zwar wurde bereits zuvor von verschiedenen Autoren, z.B. Wolfgang Merkel, auf die Bedeutung einer neuen gesellschaftspolitischen Konfliktlinie (»cleavage«) verwiesen, entlang der sich das gesamte Parteiensystem neu ordnet. Die neue Achse wurde indes begrifflich mit den Polen »global-national«, »kosmopolitisch - kommunitaristisch«, (Modernisierungs-/Globalisierungs-) »Gewinner – Verlierer« beschrieben, die in der Strukturierung des politischen Raumes jeweils die vertikalen Pole »liberal – autoritär« ersetzen, während die horizontale Achse weiterhin mit den Polen »Staat – Markt« beschrieben wurde.

Vehrkamp/Wegschaider folgen dieser Teilung nicht, sondern behaupten eine neue Konfliktlinie, die den politischen Raum eher diagonal teilt. Zudem machen sie die aktive subjektive Dimension mit den Begriffen »Skeptiker« und »Befürworter« stark, die eine zögernde, negative, abwehrende oder aber unterstützende, positive, treibende Haltung zu Prozessen gesellschaftlicher Veränderung (»Modernisierung«) unterscheidet. Sie machen damit deutlich, dass die Zuordnung nicht allein objektiven sozioökonomischen Merkmalen folgt (Verlust von Einkommen, Sicherheit, Status), sondern dem Bild und den Erwartungen, welche man sich von der gesellschaftlichen Entwicklung macht, und wo man den eigenen Platz und die eigenen Möglichkeiten sieht. Skepsis und Befürwortung verteilen sich grundsätzlich quer zu sozialen Schichtungen. Prinzipiell können auch bisherige sozio-ökonomische Gewinner zu den Skeptikern zählen, etwa wenn sie befürchten, dass bestimmte Modernisierungsprozesse, etwa im kulturellen Bereich oder bei der Ausbreitung »künstlicher Intelligenz« zu weit getrieben werden können.

Die neue Differenzierungslinie wird von *Vehrkamp/Wegschaider* wie folgt erläutert, allerdings nicht ohne selbst sich an bestimmten Punkten der Gewinner-Verlierer-Semantik zu bedienen.

Auf der einen Seite der Konfliktlinie sind diejenigen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen ökonomischen, sozialen, technischen und kulturellen Modernisierungstendenzen eher skeptisch oder sogar ablehnend gegenüberstehen. Sie empfinden sich zumindest subjektiv als soziale, ökonomische und/oder kulturelle Verlierer der Modernisierung. Das prägt auch ihr Wahlverhalten.

Auf der anderen Seite Konfliktlinie befinden sich vor allem Menschen, die von den ökonomischen, sozialen, technischen und kulturellen Modernisierungstendenzen profitieren oder sich zumindest davon angezogen fühlen und damit überwiegend Chancen verbinden. Auch das prägt ihr Wahlverhalten. ...

Auf beiden Seiten der Diagonale befindet sich etwa die Hälfte aller Wahlberechtigten in Deutschland.

Kohlrausch beschreibt die skeptische bzw. ablehnende Seite dieser Konfliktlinie auf der Basis ihrer Daten so,

dass Personen, die den Aussagen »Ich stecke in unsicheren Billigjobs fest«, »Durch die Digitalisierung wird die Kontrolle und Überwachung an meinem Arbeitsplatz immer größer« und »Über mein Leben wird irgendwo draußen in der Welt entschieden« zustimmen, in allen Gehaltsgruppen häufiger Abstiegsängste haben. Abstiegsängste speisen sich somit auch aus dem Gefühl, den Unsicherheiten, die gesellschaftliche Veränderungen wie Digitalisierung oder Globalisierung mit sich bringen, ausgeliefert zu sein. Sie sind nicht zuletzt Ausdruck des Gefühls, die Kontrolle über die Gestaltung des eigenen Lebens verloren zu haben. Diese Angst zieht sich durch alle Gehaltsgruppen – sie ist somit von der finanziellen Situation ein Stück weit entkoppelt. Dennoch haben sie einen realen sozialen Bezug, nämlich die konkreten Erfahrungen, die Menschen am Arbeitsplatz machen. (S. 18)

Kohlrausch vermeidet allerdings die Begrifflichkeit, die von der Bertelsmann-Stiftung in die öffentliche Deutungsdebatte geworfen wurde und besteht dagegen auf dem Begriff der »Abstiegsängste« (dazu weiter unten). Kohlrausch macht, das gilt es an dieser Stelle hervorzuheben, die arbeitsweltlichen, die unmittelbar betrieblichen Erfahrungen stark.

In diese Richtung argumentieren auch Sauer et al.:

Trotz wirtschaftlichem Aufschwung und gestiegenen Beschäftigtenzahlen hat nicht nur die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft zugenommen; zugleich ist in den Betrieben eine Entwicklung zu beobachten, die wir als arbeitspolitische Zuspitzung bezeichnen. (S. 184)

Die Autoren verweigern sich einem Determinismus zwischen Problemen in der Arbeitswelt und der Entstehung von rechtem Bewusstsein. Vielmehr fragen sie nach den

Weichenstellungen, in denen Menschen nicht den Weg einer demokratischen und solidarischen Grundhaltung einschlagen bzw. weiterverfolgen, sondern in rechtsgerichteten politische Vorstellungen den Ausweg aus einer problematischen Lebens- und Arbeitssituation suchen (S. 120).

Ein, womöglich der wesentliche Gesichtspunkt für solche Weichenstellungen ist dabei der (gefühlte) »Kontrollverlust«. In diesem Begriff finden »Abstiegsängste« und »Zukunftsängste« zusammen:

(Unter Kontrollverlust) verstehen wir ein Gefühl der Ungewissheit sowohl über aktuelle Geschehnisse als auch über zukünftige Entwicklungen.

Gewonnene Sicherheiten verkommen zu vermeintlichen Sicherheiten und die gewohnte Stabilität im Leben existiert nicht länger. Kontrollverlust kann sich im Zuge permanenter Restrukturierungsmaßnahmen und der sich daraus ergebenden unklaren Folgen entwickeln. Dabei wird nicht die Umstrukturierung an sich als Bedrohung empfunden, sondern das fehlende Wissen über deren Folgen. Das Gefühl des Kontrollverlustes hat sich verstärkt, da Restrukturierung nicht als einmaliges Erlebnis im Arbeitsleben auftritt, sondern heute ein ständiger Begleiter von Erwerbsarbeit ist. (S. 127)

Der arbeitsweltliche Kontrollverlust kann sich auf die Arbeitsinhalte, die geforderte Arbeitsleistung sowie die Arbeitsbedingung beziehen. Jedesmal geht es um den Zusammenbruch der betrieblich tradierten »meritokratischen Ordnung«, etwa in Bezug auf die erwartete Arbeitsleistung:

Beschäftigte berichten von der Befürchtung, trotz Weiterbildungsanstrengungen den veränderten Qualifikationsanforderungen nicht mehr gewachsen zu sein, zumal Umstellungen in immer kürzeren Abständen erfolgen und damit Umgewöhnungszeiten auch immer kürzer werden. Insbesondere im Zuge der Internationalisierung von Produktion und Handelsbeziehungen sowie der steigenden Technisierung der Arbeitsabläufe verändern sich die Anforderungen. (S. 128/129)

Die nach den Bundestagswahlen 2017 veröffentlichten Studien zeichnen sich durch zwei wesentliche Weiterungen gegenüber früheren Erklärungen der AfD-Erfolge aus: Auf Basis eigener Datenerhebungen kommen sie **erstens** zu einer differenzierteren Bestimmung neuer gesellschaftspolitischer Konfliktachsen und **zweitens** zu einer Erweiterung der zu berücksichtigenden Erfahrungsfelder in den betrieblichen Alltag hinein.

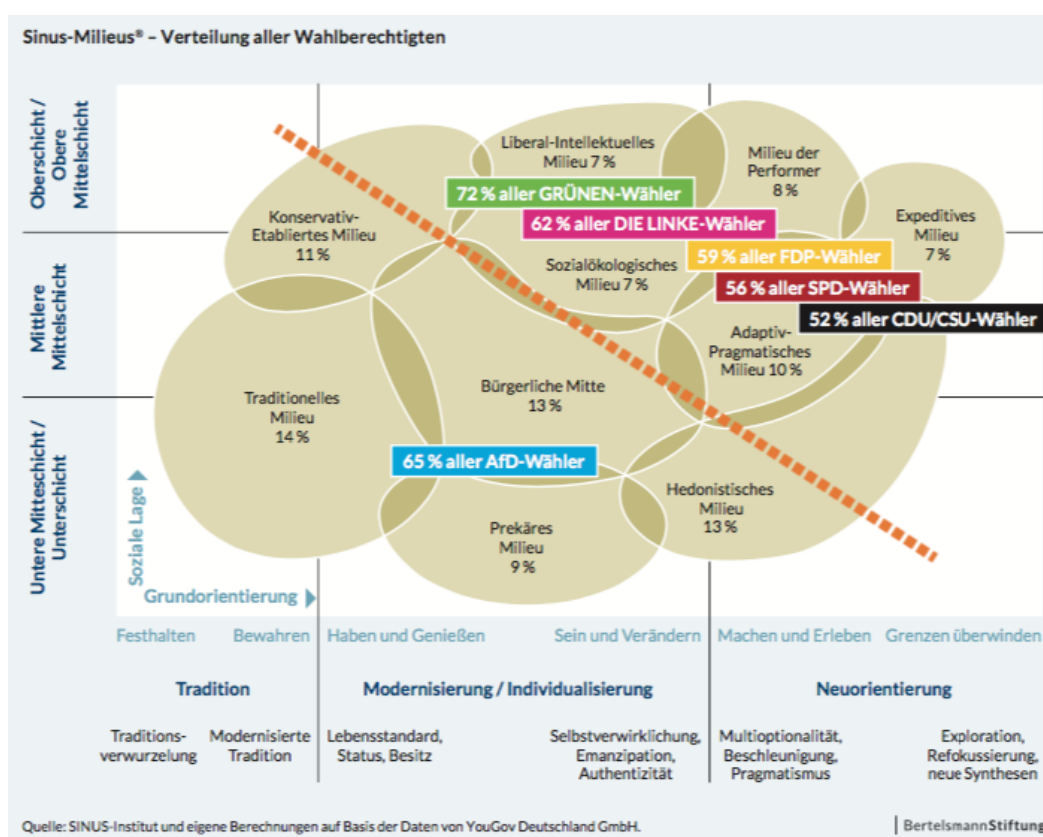
Dem Begriff des »Kontrollverlustes« kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Im Unterschied zum rechten Diskurs, der auf die Delegitimation staatlicher Institutionen bzw. des Staates überhaupt (»Staatsversagen«, »Kontrollverlust des Staates«) und ihre autoritäre Restauration zielt, geht es hier um das soziale Individuum und seine Autonomie in der Arbeitswelt, im gesellschaftlichen (alltäglichen) Leben, um die Frage, inwieweit es seine Lebensumstände kontrollieren und seine Lebensverhältnisse bestimmen kann. »Kontrollverlust« hat eine »objektive« Seite, zum Beispiel im schwindenden Einfluss von Betriebsräten und Parlamenten oder in der wachsenden Komplexität internationaler Entwicklungen oder in undurchsichtigen Kompetenzverlagerungen und Entscheidungen. Zugleich enthält er eine starke »subjektive« Komponente: das Gefühl, dass einem die Dinge entgleiten, dass über das eigene Leben andere entscheiden, dass nicht mehr klar ist, nach welchen Regeln eigene Zielstellungen erreicht werden können. Kontrollverlust im beschriebenen Sinn ist zunächst eine individuelle Wahrnehmung und Erfahrung, auch ein Ergebnis von Individualisierung, von schwindender Fähigkeit zu horizontaler Solidarität und kollektiver Handlungsoptionen.

Das »Gefühl von Kontrollverlust« erklärt nicht zwangsläufig den Erfolg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien. Es beschreibt ein spezifisches Verhältnis von Individuum und gesellschaftlichem Alltag, das zu unterschiedlichen politischen Antworten führen kann. Erklärungsbedürftig bleibt, warum in spezifischen historischen Situationen rechte Antworten vertikaler und exkludierender Solidarität attraktiver sind als republikanische Antworten oder linke

Antworten horizontaler und inkludierender Solidarität.³ Die empirischen Studien verweisen hier auf langfristig vorhandenen Präferenzen für autoritäre Politikmodelle. Eine wichtige Rolle spielt dabei die These, dass sich das politische System entlang einer neuen (gesellschaftlichen) Konfliktlinie ordne.

DIE NEUE KONFLIKTLINIE

Die Studie von *Vehrkamp/Wegschaidler* beruht auf Daten von YouGov und Sinus. Im Überblick stellen sich die Ergebnisse folgendermaßen dar:



Die AfD hat demnach ihre Hauptbasis in folgenden Sinus-Milieus⁴:

Traditionelles Milieu - die Sicherheit und Ordnung liebende ältere Generation: verhaftet in der kleinbürgerlichen Welt bzw. in der traditionellen

³ Die eher theoretische geleiteten Deutungen bieten an dieser Stelle eine Reihe von Erklärungen an, auf die entsprechend der Anlage dieses Berichtes nicht weiter eingegangen werden kann.

⁴ An dieser Stelle ist ausdrücklich auf die unterschiedlichen Verwendungen des Milieu-Begriffs hinzuweisen. Die »Sinus-Milieus« sind eher am Lebensstil orientiert. Der im weiteren Verlauf von den Böckler-Studien verwendete Begriff des »politischen Milieus« bildet Typen entlang abgefragter politischer Einstellungen und Selbstwahrnehmungen in der Gesellschaft. Von diesen beiden Begriffsverwendung unterscheidet sich wiederum der Begriff des »sozialen Milieus«, wie er etwa von der Forschergruppe um Michael Vester im Anschluss an Marx, Durkheim, Weber und Bourdieu geprägt wird.

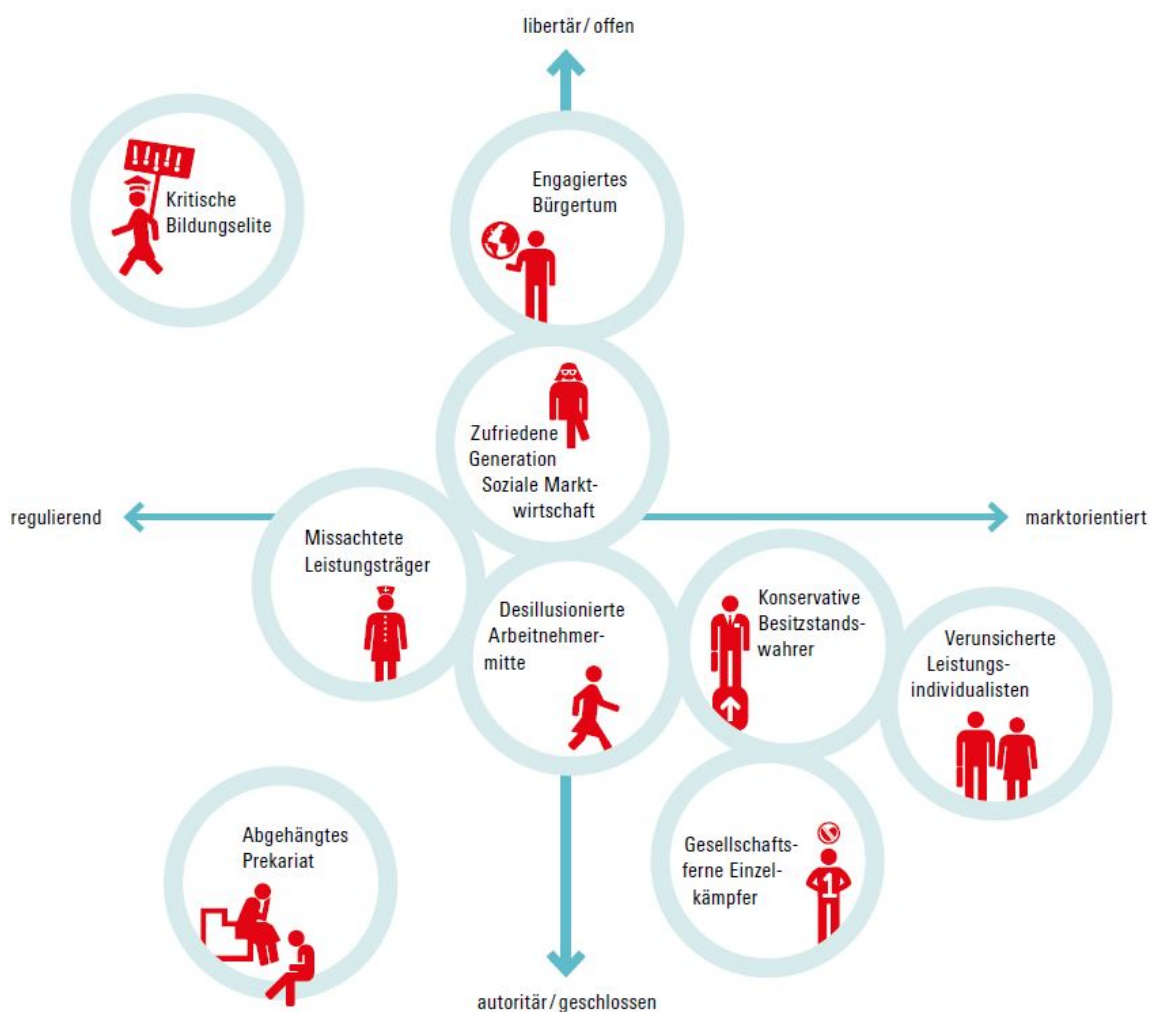
Arbeiterkultur; Sparsamkeit und Anpassung an die Notwendigkeiten; zunehmende Resignation und Gefühl des Abgehängtseins.

Prekäres Milieu - die um Orientierung und Teilhabe ('dazu gehören') bemühte Unterschicht: Wunsch, Anschluss zu halten an die Konsumstandards der breiten Mitte - aber Häufung sozialer Benachteiligungen, Ausgrenzungserfahrungen, Verbitterung und Ressentiments.

Bürgerliche Mitte - der leistungs- und anpassungsbereite bürgerliche Mainstream: generelle Bejahung der gesellschaftlichen Ordnung: Wunsch nach beruflicher und sozialer Etablierung, nach gesicherten und harmonischen Verhältnissen; wachsende Überforderung und Abstiegsängste".

Müller-Hiller/Gagné beziehen sich auf eine eigene Typologie »politischer Milieus«, die sie in Fortschreibung der 2006 in der Studie »Gesellschaft im Reformprozess« entwickeln und wie folgt im politischen Raum verorten:

Verortung der Typen im politischen Raum



Quelle: pmg – policy matters (2017), eigene Darstellung

Untersucht wird, welche Konflikte zwischen den politischen Typen zur gesellschaftlichen Polarisierung beitragen:

Die deutsche Gesellschaft polarisiert im Jahr 2017 vorrangig im Bereich von Flucht und Migration. Ganz besonders ist dabei umstritten, ob Zuwanderung prinzipiell eher als Bereicherung oder Bedrohung anzusehen ist. Damit einher geht folgerichtig eine starke Spaltung in Fragen von Zugsteuerung und Flüchtlingshilfe. Auch im Hinblick auf europäische und internationale Solidarität stehen sich jeweils Teile der deutschen Bevölkerung diametral gegenüber. Insgesamt variiert also besonders stark die Akzeptanz, andere am nationalen Wohlstand teilhaben zu lassen. Die Enden des Spektrums stellen dabei die Kritische Bildungselite für den libertären Pol, sowie das Abgehängte Prekariat für den autoritären Pol dar. (S. 17)

Die AfD erzielte - so die Nachwahlbefragung - in folgenden Gruppen überdurchschnittliche Ergebnisse (S. 19):

- Konservative Besitzstandswahrer (18%)
- Verunsicherte Leistungsindividualisten (19%)
- Gesellschaftsferne Einzelkämpfer (17%)
- Missachtete Leistungsträger (19%)
- Abgehängtes Prekariat (39%)

Die Anteile in den einzelnen Typen bedeuten für die Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft: 17% zählen zu den *Konservativen Besitzstandswahrem*, die sich sozial *eher oben* sehen. Jeweils 13% zählen zur *Zufriedenen Generation Soziale Marktwirtschaft* und den *Verunsicherten Leistungsindividualisten*, 16% zu den *Gesellschaftsfernen Einzelkämpfern*, die sich alle drei, zusammen mit der *Desillusionierten Arbeitnehmerschicht* (8%) *eher in der Mitte* sehen. 16% der AfD-Anhänger zählen zum Typ *Missachtete Leistungsträger* und 14% zum *Abgehängten Prekariat*. Schaut man auf die Typen-Charakteristika, fallen bei allen Unterschieden für die Typen, in denen die AfD überdurchschnittliche Zustimmung erzielte, neben einer ideologischen Grundorientierung nach rechts eine geringe Ausprägung von Sozialvertrauen und sozialer Empathie und eine stärkere Ausprägung von Wettbewerb, Recht des Stärkeren und Autoritarismus auf (so eine sehr grobe Wertung der Beschreibung der neun Typen auf den Seiten 22-39 der Studie).

Vehrkamp/Wegschaidt ihrerseits ziehen folgendes Fazit:

Damit ist die AfD bei der Bundestagswahl 2017 von unten in die Mitte eingedrungen, und hat sich dort als rechtspopulistische Protestpartei der sozial-kulturell Abgehängten und der sich sozial-kulturell bedrängt fühlenden Mitte etabliert. Entlang der neuen Konfliktlinie der Demokratie zwischen Modernisierungsskeptikern und Modernisierungsbefürwortern ist die AfD damit so klar profiliert wie keine andere Partei: Fast zwei Drittel (65 Prozent) ihrer Wähler kommen aus Milieus, in denen viele Menschen den sozial-kulturellen Modernisierungsprozessen eher skeptisch gegenüberstehen. Die AfD 2017

kann damit als eine typisch rechtspopulistische Milieupartei der Modernisierungsskeptiker beschrieben werden.»⁵

Dies, so ergänzen sie,

sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die AfD auch in Teilen der Oberschicht Unterstützer findet. Vor allem im Milieu der Konservativ-Etablierten erzielt sie mit 10 Prozent ein nur leicht unterdurchschnittliches Ergebnis. Sie ist dort aber — im Unterschied zum Prekären Milieu und zur Bürgerlichen Mitte — keine typische 'Milieupartei'.

An dieser Stelle erscheinen uns zwei Anmerkungen notwendig. Die AfD allein als die Partei der Modernisierungsskeptiker zu definieren, wäre falsch bzw. verfrüht, denn ein statistisches Artefakt würde überinterpretiert. Ein Drittel der AfD-Anhänger zählt immerhin zu den »Modernisierungsbefürwortern«. Und die Mehrheit der »Modernisierungsskeptiker« wählte andere Parteien als die AfD - zumindest wenn man wie die Bertelsmann-Stiftung ganze Milieus, etwa das »Traditionelle Milieu«, auf der einen Seite verortet. Es bleiben also letztlich die Fragen offen, warum Angehörige eines Milieus unterschiedliche Parteien wählen und warum Menschen auf unterschiedlichen Seiten der neuen Konfliktlinie die gleiche Partei wählen. Gleichwohl bleibt unübersehbar, dass sich die AfD - gemessen an dieser neuen Konfliktlinie - fundamental von allen anderen Bundestags-Parteien unterscheidet.

Dennoch: *Vehrkamp/Wegschaidt* zeigen *Tendenzen* der Entwicklung und *Potentiale*. Diese Potentiale bekommen sie, zweite Anmerkung, mit den Begriffen »Modernisierungsskeptiker« und »-befürworter« besser in den Blick als das entsprechende Begriffspaar »-Verlierer« und »-Gewinner«. Letztere Unterscheidung zielt eher auf das Ergebnis einer stattgefundenen Entwicklung, die, das legen die Begriffe Gewinner und Verlierer nahe, als Wettbewerb verläuft. Skepsis und Befürwortung lenken die Aufmerksamkeit dagegen auf zwei weitere Dimensionen: eine abwartend-ablehnende oder unterstützend-bejahende Einstellung zur »Modernisierung« und damit verbunden die Erwartungen für die Zukunft als entscheidender Determinante politischer Entscheidungen. Der Begriff »Skepsis« zum Beispiel verweist auf eine breite Palette möglicher Einstellungen, er kann sich auch nur auf Teilaspekte der Modernisierung beziehen – was sich womöglich im unterschiedlichen Wahlverhalten der »Skeptiker« ausdrückt. Diese Unschärfe verdankt sich auf der anderen Seite dem Begriff der »Modernisierung«, der weitgehend unklar bzw. empirisch wenig operationalisiert bleibt. Zuweilen kommt er als Synonym für jegliche Veränderung daher, zuweilen eng verbunden mit technologischen (»Digitalisierung«) oder kulturellen (»Liberalisierung«) Veränderungen.

Hilmer/Kohlrausch u.a. nähern sich dem Phänomen in ihrer weniger kulturell und mehr sozial-ökonomisch ausgerichteten Analyse so:

⁵ In dem Fazit schwingt die Dynamik des politischen Erfolgs der AfD sozusagen nach. Denn gegründet als »Professorenpartei« drang sie spätestens bei den Wahlen 2016 zunächst »nach unten durch«. Diese Dynamik, die wiederum verbunden ist mit den diversen politischen Häutungen der Partei, kann von einer quantitativen empirischen Studie, die Einstellungen und Verhalten zu einem bestimmten Zeitpunkt erhebt, nicht erfasst werden.

Zugespitzt könnte man also insgesamt formulieren, dass es weniger reale Entbehrungen, sondern vor allem eine Kombination aus wahrgenommenem Abstieg in der Vergangenheit und Abstiegsängsten in Bezug auf die Zukunft sind, die dazu führen, dass Menschen AfD wählen oder es grundsätzlich in Erwägung ziehen. Menschen, die AfD wählen oder es zumindest in Erwägung ziehen, befinden sich somit überwiegend nicht in einer finanziell prekären Situation, aber sie fühlen sich vor möglichen Krisen in der Zukunft nicht ausreichend geschützt. (S. 33)

Die Entwicklung bzw. Wahrnehmung von Abstiegsängsten wird in dem gesamten Böckler-Projekt in die Veränderung gesellschaftlicher Wertorientierungen eingeordnet. Zwischen beiden könnte ein sich im Zeitablauf wechselseitig verstärkender Zusammenhang angenommen werden. Generell, so Müller-Hiller/Gagné im Vergleich zu 2006,

„Ist der Ruf nach sozialstaatlicher Absicherung lauter geworden. (...) Damit hat sich die öffentliche Meinung gut zehn Jahre nach den Hartz-Reformen in Richtung des sozialen Ausgleichs entwickelt. Die Forderung nach einer umfassenden sozialen Absicherung durch den Staat – im Gegensatz zur Eigenverantwortung der Bürger – teilt heute eine noch deutlichere Mehrheit als 2006. Ein Hang zu autoritären Tendenzen (im Sinne einer Zunahme - d.A.) ist unter den Deutschen nicht zu erkennen. Auf der kulturellen Ebene zeigt sich noch stärker als 2006, dass die Idee einer leitenden Identität für alle in Deutschland Lebenden von der Mehrheit als wichtiger angesehen wird als das gleichberechtigte Zusammenleben verschiedener Kulturkreise. Dass sich diese Tendenz im letzten Jahrzehnt noch verstärkt hat, dürfte nicht zuletzt an der kontrovers geführten Debatte über die Integration der Flüchtlinge seit 2015 liegen. (S. 8-10)

EXKURS I: WIE MISST MAN ABSTIEGSÄNGSTE?

Welche Rolle spielten »soziale Abstiegsängste« beim Aufstieg der AfD 2017 in Deutschland? Und wie misst man »Abstiegsängste« empirisch? Diese beiden Fragen waren Gegenstand einer wissenschaftlichen Kontroverse in zwei empirischen Studien.

Lengfeld (hier immer: Lengfeld 2017b) stellt auf Basis der SOEP-Daten von 1991 bis 2016 einen »Rückgang der Abstiegsängste« fest, der

Frauen und Männer, verschiedene Altersgruppen und soziale Schichten in nahezu gleicher Weise (betrifft). Dies zeigt: Das mentale Sicherheitsgefühl nahm, trotz objektiv weiter existierender Erwerbsrisiken und Ungleichheiten, bei allen Erwerbstätigen zu. (S.3)

Angesichts der Rolle, die Abstiegsängste - parallel zur »Verlierer«-Semantik - bis dahin in der politischen, wissenschaftlichen, kurz öffentlichen Debatte zur Erklärung der AfD-Erfolge gespielt hatten, überraschte dieser Befund. Wie kam er zustande? Im SOEP-Fragebogen gibt es eine Frage, die dem Befragten-Panel regelmäßig gestellt wird, die auf Abstiegsängste schließen lässt: »Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen? Nur wenn Sie erwerbstätig sind: (...) Um die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes« (Antwortmöglichkeiten:

»keine / einige / große Sorgen«).« Diese Frage ist der einzige Indikator für Abstiegsangst, mit dem *Lengfeld* arbeitet:

Wir definieren Abstiegsangst als eine Bewegung im sozialen Raum, nämlich die der Abwärtsbewegung von einer sozialen Position, die ein Mensch in der Sozialstruktur einnimmt und die ihm den Zugriff auf bestimmte knappe Güter ermöglicht, hin zu einer weniger wertgeschätzten und mit weniger materiellen und anderen Gütern ausgestatteten Position (für Näheres siehe Lengfeld/Ordemann 2017). Abwärtsmobilität geht also mit teilweise erheblichen Einbußen einher. Hiervor, das sagt der Begriff »Angst«, fürchtet man sich. Weil allgemein wertgeschätzte Positionen in einer Erwerbsgesellschaft eng an die Erwerbstätigkeit geknüpft sind, haben Personen unter anderem dann vor sozialem Abstieg Angst, wenn sie in näherer Zukunft fürchten müssen ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Ohne Arbeit ist der gewohnte Lebensstandard nicht zu halten, soziale Kontakte gehen verloren, und viele Betroffene schämen sich, im Beruf versagt zu haben. Abstiegsangst geht daher, so unsere Annahme, zu weiten Teilen auf die Unsicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zurück. (S. 7)

Diese Operationalisierung von Abstiegsangst ist in mehrfacher Hinsicht angreifbar, so wenn Abwärtsmobilität lediglich absolut, aber nicht relational - Aufstieg anderer an der eigenen Position vorbei - verstanden wird oder andere arbeitsweltliche Faktoren, vor denen man sich sorgen und fürchten könnte, außer acht gelassen werden.

Kohlrausch kritisiert die andockende Schlussfolgerung,

dass das Erstarren der AfD mit einer Art Kulturkampf um die Errungenschaften gesellschaftlicher Modernisierung zu erklären sei (S. 6)

und besteht darauf,

dass soziale Verunsicherung und soziale Angst wichtige Treiber der AfD Wahl sind (S. 4) (und ohne Beachtung der sozialen Situation – d.A.) wichtige Ursachen für den Aufschwung dieser Partei im Dunkeln bleiben (S. 6).

Die Angst vor Arbeitslosigkeit operationalisiere Abstiegsangst völlig unzureichend, hinzu kommen müssten die Sorge um die kurzfristige und langfristige Verschlechterung der individuellen Situation, des generellen Lebensstandards oder vor Verschlechterungen im Arbeitskontext. Entsprechend wird (soziale) Abstiegsangst verstanden als Sorge um den Lebensstandard. Diese Sorge sei mehrfach vermittelt, ein subjektives Verarbeitungsergebnis aus der »objektiven sozialen Situation« (Nettoeinkommen), der »subjektiven sozialen Situation« (Selbsteinstufung auf einer vertikalen Skala von 1 (»ganz unten«) bis 10 (»ganz oben«) und der »Erfahrungen im Arbeitskontext« (S. 15).

Es ist hier nicht der Ort, näher auf die Ergebnisse einzugehen. Festzuhalten für den Kontext indes ist, dass Abstiegsängste sowohl »oben« wie auch »unten« verbreitet sind, dass aber die Mehrheit der »Besorgten« sich in der Mitte zwischen Oben und Unten sieht; dass Sorge um den Arbeitsplatz oder finanzielle Sorgen nicht zwingend zu Abstiegsängsten führen und umgekehrt jemand, der sich keine Sorgen um seinen Arbeitsplatz macht, gleichwohl

Abstiegsängste vorweisen kann. Möglichkeiten, die man für sich selber sieht, das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und andere Faktoren spielen eine Rolle.

Kohlrausch zeigt, dass, wer an der Bedeutung »sozialer Verunsicherung« festhält, einen erweiterten Abstiegs-Begriff benötigt. Die Operationalisierung der »sozialen Abstiegsangst« führt in Richtung des Begriffs des »(Gefühls des) Kontrollverlustes«, der in der qualitativen Studie von Sauer et al. entwickelt wurde. Sie nähert sich in der Konsequenz einem soziokulturellen Modernisierungs-Begriff, der in vielfacher Weise mit demjenigen von *Vehrkamp/Wegschaidt* zusammengeht, diesen aber spezifischer ausfüllen könnte.

EXKURS II: POPULISMUS - METHODE OHNE INHALT?

Die Bertelsmann-Studie von *Follmer u.a.* arbeitet wie auch die im Vorfeld der Bundestagswahl erschienenen Studie von *Vehrkamp/Wratil* mit einem dezidiert operationalisierten Populismus-Begriff. Behauptet wird, dass im wissenschaftlichen Diskurs bei allen Unterschieden der Populismus durch drei Dimensionen näher bestimmt sei (*Follmer et al.*, S. 8):

- Antipluralismus: Vorbehalte gegen Vielfalt und demokratische Orientierungen;
- Alleinvertretungsanspruch: der Anspruch, allein den (wahren) »Volkswillen« auszudrücken;
- Antiestablishment: Vorbehalte gegen die etablierten politischen Parteien und politischen Akteure.

»Antipluralismus« gilt als der zentrale Nährboden, auf dem populistische Politik gedeihen kann. Zur Messung wird ein mehrdimensionaler Index mit mehreren erklärenden Dimensionen gebildet. Antipluralismus findet sich eher bei Personen, die sich auf der politischen Links-Rechts-Skala rechts einordnen, aber auch auf der linken Seite.

Vehrkamp/Wratil fragen mit einer ähnlichen Begrifflichkeit bzw. Operationalisierung nach der Verbreitung populistischer Einstellungen und unterscheiden einen radikalen von einem moderaten Populismus:

Populismus ist also zunächst weder »links« noch »rechts«. Er begreift gesellschaftliche Auseinandersetzungen als Konflikte zwischen dem »einen« Volk und den »korrupten« politischen Eliten. Radikale Populisten erkennt man daran, dass sie die Entmachtung der herrschenden Politik fordern, um den Einfluss des Volkswillens zu stärken. Dazu fordern sie radikale Reformen des politischen Systems, und behaupten, dass sie alleine den wahren Bürgerwillen repräsentieren. In seiner moderaten Variante setzt sich Populismus kritisch mit den etablierten demokratischen Institutionen auseinander, und wünscht sich mehr direkte Beteiligung der Bürger und eine bessere Berücksichtigung ihrer Interessen bei politischen Entscheidungen. Radikaler Populismus stellt die etablierten Institutionen der liberalen Demokratie in Frage und kann zu einer Gefährdung der Demokratie werden. Moderater Populismus ist ein ständiger Begleiter der Demokratie, kann ihre Responsivität erhöhen und ihr Funktionieren verbessern. (...) Populistische Einstellungen sind in Deutschland zwar weit verbreitet, aber sie verbinden sich nicht mit einer radikalen Systemkritik; in Umfragen werden sie tendenziell übertrieben. Insgesamt stimmen knapp drei von zehn (29,2 Prozent) der

Wahlberechtigten populistischen Aussagen grundsätzlich zu und sind damit populistisch eingestellt. Die Verteilung populistischer Einstellungen in der deutschen Wahlbevölkerung ist – wie die Wahlbeteiligung – sozial gespalten: Je geringer der formale Bildungsstand und je geringer das Einkommen, umso größer ist der Anteil populistisch eingestellter Menschen. Deshalb sind auch Nichtwähler (36,4 Prozent der Nichtwähler) häufiger populistisch eingestellt als Wähler (26,3 Prozent der Wähler). Populistische Einstellungen sind entlang des gesamten ideologischen Links-Rechts-Spektrums zu finden. (S. 8/9)

Verteilt nach Parteipräferenzen ergibt sich, dass bei Union und Grünen die unpopulistischen Wähler zu finden waren. SPD und Linke waren bei Populisten wie Nichtpopulisten jeweils gleich stark:

Auch die Linke ist bei den Populisten ebenso stark wie bei den Nichtpopulisten, wird aber fast ausschließlich von Wählern links der Mitte gewählt. Die Linke ist damit zwar nach ihrer Wählerschaft eine typisch linke, aber keine eindeutig linkspopulistische Partei. (S. 11)

Die AfD macht den deutlichen Unterschied:

Die AfD ist dagegen eine eindeutig rechtspopulistische Partei. Im extrem rechtspopulistischen Segment erreicht sie um die 60 Prozent der Wähler. Das ist ihr Alleinstellungsmerkmal und das entspricht ihrem Programm und ihren Kandidaten. Unter den extrem rechts orientierten Nichtpopulisten kommt sie zwar auch auf immerhin noch zehn bis 20 Prozent, aber schon in der politischen Mitte sowie links davon wählt so gut wie niemand mehr AfD. (S. 11)

Mithin gäbe es so etwas wie einen moderaten Populismus der Mitte und einen radikalen Populismus an den politischen Rändern. »Rechtspopulismus« und »Linkspopulismus« werden dann schnell zu den Nachfolgern von Rechtsextremismus und Linksextremismus in der »Hufeisentheorie«. Nichtsdestotrotz bleibt interessant, wie sich die populistischen Einstellungen über das Spektrum der politischen Selbsteinstufungen von links bis rechts verteilen, weil damit ein Potential über alle Parteigrenzen deutlich wird, welches bei einer weiteren Neuordnung des Parteiensystems in Bewegung versetzt werden könnte.

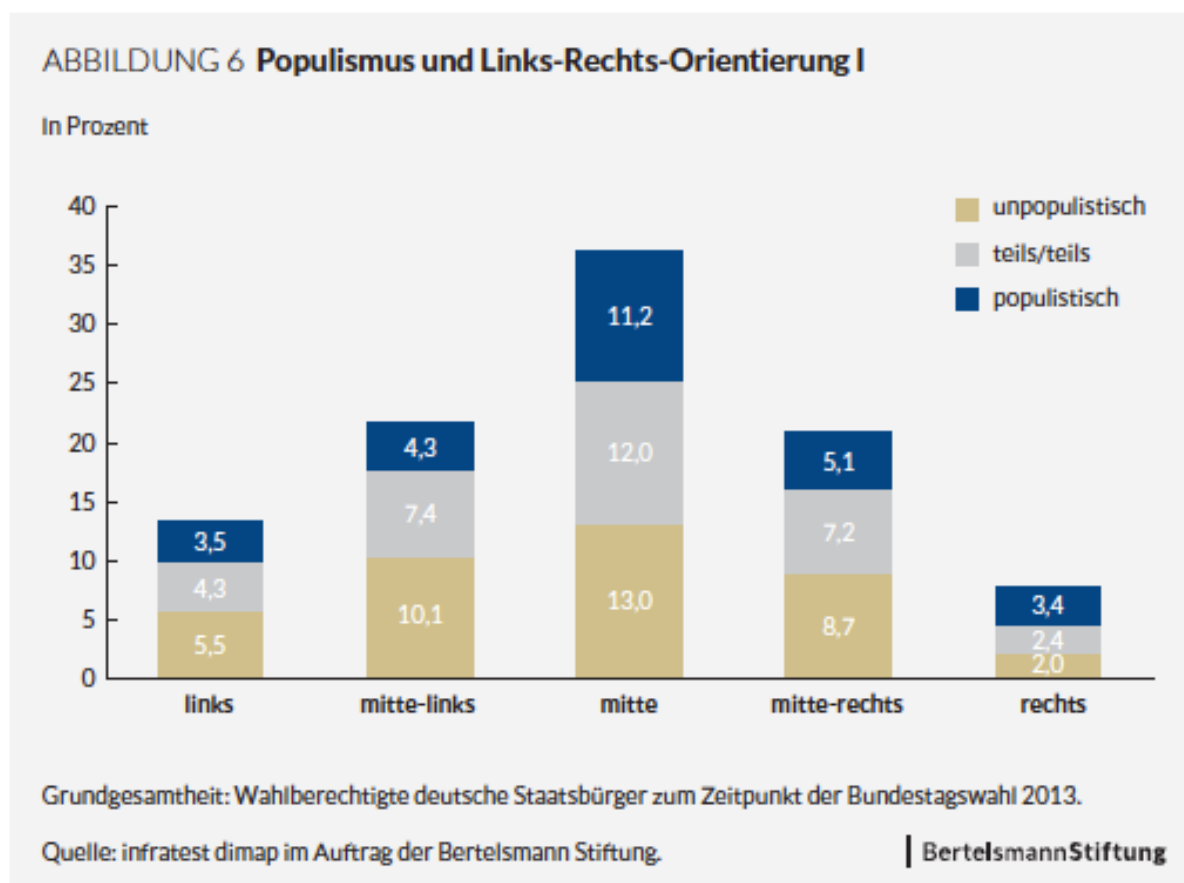


Abbildung aus Vehrkamp/Wratil, S. 21.

Die in diesen beiden Studien verwendete Populismus-Definition ist umstritten, diese Debatte zu verfolgen, ist das Anliegen dieses Berichtes nicht (vgl. hierzu z.B. Jörke/Selk 2017, Knöbl 2018). Folgt man der Populismus-Definition, wie sie die Bertelsmann-Stiftung vorgelegt hat, dann wäre von einem mal mehr, mal weniger radikal ausgeprägten Bedürfnis nach populistisch (verpackter) Politik bzw. politischer Kommunikation auszugehen, welches mit Vereinfachung, Übersichtlichkeit und Unmittelbarkeit zu charakterisieren wäre. Allein das Vorhandensein dieses Bedürfnisses könnte dann auch den Parteiwechsel zur AfD erklären, weil sie dieses Bedürfnis »besser« befriedigte.

MOBILISIERUNGSLINIEN 2016/2017

Die Umwälzungen, die unter der Begriffstriade »Globalisierung-Digitalisierung-Modernisierung« gefasst werden, berühren nie nur eine Ebene, etwa die ökonomische. Immer sind mehrere Bereiche oder Felder betroffen, oft sehen sich ganze Lebensführungsmodelle unter Anpassungsdruck gesetzt. Vor allem aber: globalisiert, digitalisiert, modernisiert wird bereits seit längerer Zeit, und ebenso gibt es die damit verbundenen Erfahrungen, z.B. Abstiegsängste oder wachsende soziale Ungleichheit bereits seit längerem. Es stellt sich mithin die Frage,

warum die AfD gerade jetzt erfolgreich sein konnte bzw. wie sie die vielfältigen alltagsweltlichen Anknüpfungspunkte verbinden und für sich nutzen konnte.

Mit ihrer Wahlkreisanalyse bestätigen Richter/Bösch auf ihre Art die Befunde von Vehrkamp/Wegschaider. Sie sehen eine

kulturelle Konfliktlinie, die Gesellschaften im Zuge der Modernisierung ... teilt. ... Menschen, die in diesem Prozess abgehängt werden oder normativ im Konflikt dazu stehen, bilden ... als Abwehrreaktion gegenüber dem liberaleren Zeitgeist heutiger moderner Gesellschaften eine Art kulturelle Gegenbewegung.

In Abwägung verschiedener Indikatoren ihrer empirischen Untersuchungen kommen sie zu dem Schluss:

Allgemein zeigt sich anhand der Effektstärke der Nichtwähler-Variablen und insbesondere der NPD-Variablen, dass die Hauptmobilisierungslinie des AfD-Erfolgs auf der politisch-kulturellen Dimension zu suchen ist. Diese beiden Variablen erklären im Vergleich zu allen sozioökonomischen und soziodemografischen Variablen den größten Teil.

Das korrespondiert mit anderen Forschungsergebnissen und ist kein absolut neuer Befund:

Allgemein zeigt sich in der empirischen Rechtspopulismusforschung relativ häufig, dass die Dimension der politischen und kulturellen Wertorientierungen stärkeren Einfluss auf die Parteienwahl ausübt als die sozioökonomischen Indikatoren (Binder 2005; Ivarsflaten 2008; Werts et al. 2013; Zhirkov 2014; Goerres et al. 2017: 24).

Eversberg bestätigt diese Sicht, wenn er betont,

dass es sich bei der Entscheidung der Wähler_innen für die AfD nicht in erster Linie um eine verschobene Reaktion auf ökonomische Abstiegs- oder Benachteiligungserfahrungen handelt. Vielmehr wählten sie eine autoritär-nationalistische Partei, weil sie autoritär-nationalistisch denken und empfinden.

Eine differenziertere Sicht entwickeln Follmer/Kellerhoff/Wolf mit Blick auf die antipluralistisch eingestellten Teile der Gesellschaft:

Die Ergebnisse unserer Studie weisen bei einem nicht unerheblichen Teil der Befragten ein tendenzielles Unbehagen gegenüber Vielfalt auf. Eine über dem Durchschnitt liegende Affinität zu antipluralistischen Einstellungen findet sich bei 40 Prozent der Befragten. Ängste vor dem Fremden spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Sorge vor wachsender Benachteiligung und Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Arbeit und Wohnung. Die jüngste Flüchtlingseinwanderung, die binnen kürzester Zeit eine große Zahl von Menschen vor allem aus muslimisch geprägten Ländern nach Deutschland brachte, war ein Signalereignis. Ängste und Sorgen bekamen einen Namen und die in Teilen der Bevölkerung vorhandene Verunsicherung wurde sichtbar. (S. 27)

Weiter heißt es:

Diese Sicht von oben auf die Befragten mit überdurchschnittlich ausgeprägten antipluralistischen Überzeugungen wird allerdings den vielfältigen Wirkzusammenhängen und Konfliktlinien nicht gerecht, die die bei genauem Hinsehen heterogenen Einstellungen innerhalb dieser Gruppe prägen. Hier finden sich einerseits Personen »auf der Schwelle« und andererseits tief überzeugte Vertreter antipluralistischer Ansichten mit oft als benachteiligt empfundenen Lebensbedingungen. Auch das vielfach bemühte Bild der »Modernisierungsverlierer« oder der »Wutbürger« greift an dieser Stelle zu kurz. Vielmehr sind tief sitzende Einstellungsmuster, Irritationen und Ängste zu beobachten, denen es adäquat zu begegnen gilt. (S. 28)

Festzuhalten ist, was Vehrkamp/Wratil in ihrer Vorwahlstudie ermittelten:

Die AfD ist damit in ihrem Wählerprofil so klar beschreibbar wie keine der anderen Parteien: als rechtspopulistische Partei, deren Wähler sich derzeit vor allem mit dem Flüchtlingsthema mobilisieren lassen. (S. 66)

Keine andere Wählerschaft in Deutschland hat ein so einseitiges und monothematisches Zustimmungsprofil wie die Wähler der AfD. Auf den ersten Blick scheint es fast so, als gäbe es für sie nur die Flüchtlingsfrage als wahlbeeinflussendes und mobilisierendes Thema. (...) Darüber hinaus führt eine Radikalisierung der Flüchtlingspolitik, bis hin zur Forderung, »sehr viele« Flüchtlinge wieder abzuschieben, nur bei den Wählern der AfD zu signifikant noch besseren Zustimmungswerten als eine moderate Begrenzung (...) Darüber hinaus reagieren die Wähler der AfD noch negativ auf Themen wie »Umweltschutz«, »gerechtere Globalisierung« und »soziales Europa«. (S. 50)

Auch Franz/Fratscher/Kritikos sehen keine Bestätigung für einseitige, ökonomistische Interpretationen der Wahlergebnisse:

Hohe AfD-Ergebnisse gehen weder mit Arbeitslosigkeit noch ausschließlich mit niedrigen Einkommen einher, auch mit dem Ausländeranteil in den entsprechenden Wahlkreisen gibt es keine einschlägige Korrelation. Es zeichnet sich stattdessen ein differenzierteres Bild ab, bei dem zwischen west- und ostdeutschen Wahlkreisen unterschieden werden muss. (S. 143)

In einer Studie, die bei der Bertelsmann-Stiftung der von Vehrkamp/Wegschaidler vor der Bundestagswahl vorausgegangen war, verweisen Helbling/Strijbis auf den inneren Zusammenhang zwischen dem Wirksamwerden einer neuen Konfliktlinie in der Gesellschaft und dem elitenkritischen rechten Populismus:

Beide Perspektiven, jene der Spaltungslinien und jene des Populismus, können miteinander gut in Verbindung gebracht werden. Denn die Abneigung gegenüber den Eliten basiert oftmals genau darauf, dass sie der Öffnung nationalstaatlicher Grenzen besonders positiv gegenüberstehen. Sie gelten als die Prototypen der Globalisierungsgewinner, welche die Exzesse der

Globalisierung zu verantworten haben. Dies impliziert die These, dass der rechtspopulistische Diskurs gegen die Eliten deshalb so erfolgreich ist, weil sich die Eliten in ihren Einstellungen mit Bezug zu Globalisierungsthemen tatsächlich stark von der Bevölkerung unterscheiden.“ (S. 8f.)

Wie dieses negative Empfinden von Globalisierung sich darstellt, zeigen Hilmer/Kohlrausch u.a. anhand des Befragungs-Indikators »Über mein Leben wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“, dem die AfD-Anhängerschaft überdurchschnittlich zustimmt. Diese Aussage steht nach Auffassung von Hilmer/Kohlrausch u.a.

exemplarisch für das Empfinden, dass die Zukunft (im Arbeitskontext – d.A.) nicht mehr individuell kontrollierbar und gestaltbar ist. Ebenso verdeutlicht diese Aussage eine sehr resignative Einstellung zu der Frage, ob sie überhaupt gestaltbar ist, denn was »irgendwo draußen in der Welt passiert« kann auch nicht durch nationale oder europäische Kontrollinstanzen reguliert oder gestaltet werden. So gesehen steht diese Aussage für das Gefühl maximalen Kontrollverlusts und Ausgeliefertseins. (S. 47)

REGIONALE DIMENSION

Die Antworten auf die Frage, welche Rolle sozialräumliche Unterschiede für die Mobilisierung zu Gunsten der AfD spielen, kommt es auf die Position des Blicks an. Bezogen auf Ostdeutschland stellt sich zum einen die Frage, warum die AfD im Osten häufiger gewählt wird als im Westen, zum anderen ließe sich aber auch fragen, warum sie in der wohlhabendsten ostdeutschen Region, Sachsen, am stärksten abschnitt. Die gleiche Frage stellt sich für den Westen der Republik, wo die AfD in Baden-Württemberg und Bayern die besten Ergebnisse erzielt. Zoomt man näher heran, werden Differenzierungen deutlich, die oftmals in der Unterscheidung von Stadt – Land bzw. wachsenden und schrumpfenden Regionen oder als Teilung in Zentrum und Peripherie gefasst werden, wobei letztere wiederum auch auf »wachsende« Städte selbst angewandt werden kann. Die im Nachgang zur Bundestagswahl entstandenen Analysen auf der Ebene von Wahlkreisen bzw. Städten und Landkreisen betonen jeweils unterschiedliche Aspekte.

In einer umfassenden Wahlkreisanalyse haben sich *Christoph Richter und Lukas Bösch* im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 genähert und stießen dabei auf »Demokratiefeerne Räume«:

Wir konnten zeigen, dass langfristige und stabile Raumeffekte existieren, die durch ein Klima von politischer Entfremdung und erhöhter Affinität zu rechtsextremen Positionen gekennzeichnet sind. Dieses Klima ist die wesentliche Grundlage für den Mobilisierungserfolg der AfD zur Bundestagswahl 2017, sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland. Strukturschwäche, Demokratieentfremdung und höhere Bereitschaft zur Wahl rechtsextremer Parteien gehen in vielen Regionen Hand in Hand und begünstigen die Wahlerfolge

der Rechtspopulisten maßgeblich. Darüber hinaus zeigen sich jedoch auch in Regionen mit mittleren und höheren Einkommen hohe Mobilisierungserfolge.

Hilmer/Kohlrausch u.a. wenden sich gegen eine Verkürzung der regionalen Komponente auf einen Ost-West-Gegensatz:

Ein genuiner, womöglich sogar kulturell bedingter Ost-Faktor besteht ... nur in begrenztem Maße. Stattdessen erklärt die insgesamt schlechtere sozioökonomischen Lage zwischen Rostock und Suhl große Teile des Wählergefälles. (S. 27)

Follmer/Kellerhoff/Wolf sehen in ihrer Antipluralismus-Studie ebenfalls ein

klares Muster ... bei dem Blick auf räumliche Unterschiede Vor allem außerhalb der Ballungsräume, in ländlichen Regionen, zeigt sich eine überdurchschnittliche Affinität zu einem antipluralistischen Meinungsbild. Dies gilt sowohl für West- als auch für Ostdeutschland – dort allerdings auf höherem Niveau und überdurchschnittlich bereits in gemischt verstäderten Regionen. (S. 12)

Der Anteil der Antipluralisten überschreitet ... in allen ostdeutschen Ländern unter den Befragten die 50-Prozent-Grenze. In allen westdeutschen Ländern einschließlich Berlin liegt er mit weniger als 40 Prozent der Befragten deutlich darunter. (S. 13f.)

Richter/Bösch zeigen auf,

dass sich der AfD-Wahlerfolg zu großen Teilen aus Wahlkreisen erklären lässt, die sozioökonomisch im bundesweiten Vergleich schlechter gestellt sind und in denen sich schon 2013 ein größerer Teil der Bevölkerung entweder komplett aus dem demokratischen Prozess entkoppelt hatte oder stärker rechtsextrem gewählt hatte als in Wahlkreisen mit niedrigeren Nichtwähleranteilen und NPD-Wähleranteilen.

Dabei erweist sich, so Richter/Bösch weiter, dass

diese Einflüsse auch große Teile der erheblichen Unterschiede des AfD-Mobilisierungserfolges zwischen westdeutschen und ostdeutschen Wahlkreisen (erklären). (...) Ein relevanter Bestandteil des Mobilisierungserfolgs der AfD in Ostdeutschland lässt sich aus Wahlkreisen mit höheren NPD-Zustimmungswerten und/oder Nichtwähleranteilen erklären, die gleichzeitig im Vergleich zum bundesweiten Schnitt sozioökonomisch stärker benachteiligt sind. Diese sind besonders im Osten in höherem Maß vertreten.

Franz/Fratscher/Kritikos führen einen weiteren Aspekt ein - die demografische Prognose:

Generell schneidet die AfD in weniger verdichteten Regionen mit ungünstiger demografischer Entwicklung vergleichsweise gut ab – ein Phänomen, das in ostdeutschen Wahlkreisen häufiger auftritt als in westdeutschen. Diese Beobachtung lässt die Vermutung zu, dass die demografische

Entwicklung in den weniger verdichteten Räumen auch ein Gefühl der Perspektivlosigkeit mit sich bringt, wodurch Vertrauen in etablierte Parteien zu erodieren droht. (S. 136)

Aus ihrer Sicht hat sogar die

demografische Variable ... für den Osten besondere Relevanz. (S. 140)

Alles in allem betonen Franz/Fratscher/Kritikos die ausgeprägte Differenziertheit der Bedingungen in den Wahlkreisen mit besonders hohen AfD-Wahlergebnissen:

So steigt der Zuspruch für die AfD, wenn in den Wahlkreisen überdurchschnittlich viele Menschen im verarbeitenden Gewerbe arbeiten. Die Stimmenanteile der AfD nehmen zudem in Wahlkreisen zu, in denen das Haushaltseinkommen unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt. ... Im Westen reüssiert die AfD in Wahlkreisen, in denen Menschen im Durchschnitt entweder relativ wenig verdienen oder einer Tätigkeit in der Industrie nachgehen. Die Zustimmung zur AfD ist darüber hinaus in weniger verdichteten Räumen sehr ausgeprägt, in denen eine höhere Dichte von Handwerksunternehmen herrscht oder in denen sich ein ungünstiger demografischer Wandel abzeichnet, also viele ältere und wenig jüngere Menschen leben. Beide Strukturmerkmale sind typisch für viele ostdeutsche Wahlkreise. ... es spricht vieles dafür, dass in dünner besiedelten Regionen mit überalterter Gesellschaft auch aufgrund einer empfundenen Perspektivlosigkeit im Hinblick auf die weitere Entwicklung dieser Regionen der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler für etablierte Parteien schwindet. (S. 144)

Aus unserer Sicht machen die Studien auf zwei weiter zu beachtende Zusammenhänge aufmerksam: erstens auf den Zusammenhang mit der regionalen Stärke des verarbeitenden Gewerbes und des Handwerks, die in den vergangenen Jahren einerseits starken Schrumpfungprozessen und andererseits transnationaler Konkurrenz ausgesetzt waren; und zweitens auf die Bedeutung lokaler öffentlicher und demokratischer Einrichtungen und Strukturen, die im Zuge demografischer Veränderungen (Alterung, Abwanderung) und mehrfacher Gebiets- und Verwaltungsreformen aus dem Lebensalltag »verschwinden« sind.

GENESIS

Mittlerweile herrscht in allen Studien übereinstimmend die Auffassung, dass die Ursachen und die Möglichkeitsbedingungen für den Erfolg der AfD in längeren Entwicklungslinien zu suchen sind und aktuelle Ereignisse als »günstiges Gelegenheitsfenster« zu betrachten sind.

Sauer et al. betonen mit Blick auf ihre beiden Vorgängerstudien zu betrieblichen Stimmungslagen, dass die vormals konstatierte »adressatenlose Wut« unter den Beschäftigten mit der AfD nun nicht nur einen Sprecher, sondern auch eine Adresse bekommen habe. Sie sehen einen sich durch das Erscheinen der AfD radikalierenden Prozess.

In unseren Gesprächen wurde deutlich: Die betrieblichen Zustände haben sich in den vergangenen Jahren zugespitzt. Arbeitsplatzabbau, Rückgang der Tarifbindung und Zunahme prekärer Beschäftigung, Personalausdünnung und steigender Leistungsdruck, damit einhergehende Verschärfung der Konkurrenz der Beschäftigten untereinander, teilweise Lohnsenkungen sowie drohende Entwertung von Qualifikationen im Zusammenhang mit der Digitalisierung. Dies alles sind Folgen der Restrukturierungsprozesse, von denen uns die Beschäftigten berichteten und die sie bewältigen müssen. Die meisten Befragten sprachen von einer schleichenden Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. (S. 119)

Die arbeitsweltlichen Erfahrungen bilden einen Nährboden, auf dem »Weichenstellungen« in Richtung rechter Einstellungen und Handlungen gedeihen können, aber keinen direkten Weg:

Abstiegserfahrungen bzw. deren Antizipation und Ängste um die Zukunft fördern nicht zwangsläufig ein rechtes Bewusstsein. Es kommt immer noch darauf an, wie Menschen ihre betrieblichen Erfahrungen verarbeiten, insbesondere welche Ressourcen ihnen bei der Bewältigung von Belastungen und Risiken zur Verfügung stehen. (S. 194)

Richter/Bösch betonen, es handele beim Erstarken der AfD

um einen langfristigen Prozess, der weder über Nacht kam noch sich mit einem einfachen Weiter so stoppen oder zurückdrehen lassen wird.

In ihrer Untersuchung machen sie insbesondere deutlich, dass Strukturschwäche, Demokratieentfremdung und höhere Bereitschaft zur Wahl rechtsextremer Parteien schon seit längerem Hand in Hand gehen und die betreffenden Wahlkreise mit hoher AfD-Affinität mit diesem Wissen bereits zur Bundestagswahl 2013 erkennbar waren.

Vehement wenden sich Richter/Bösch gegen die Reduzierung der Ursachen-Deutung auf die »Flüchtlingskrise« von 2015:

Der AfD-Wahlerfolg, für den häufig die sogenannte »Flüchtlingskrise« 2015 als Ursache herangezogen wird, ist das jüngste Beispiel der zirkulären Debatten, bei denen häufig Anlass und Ursache verwechselt werden. Allein die Tatsache, dass schon seit 2013 größere rassistische Mobilisierungen stattfanden, so z.B. in Schneeberg, gefolgt von der schnell wachsenden Popularität von PEGIDA Ende 2014 (noch deutlich vor dem Sommer 2015), spricht gegen die Annahme, dass sich die rechtspopulistische Mobilisierung primär oder ausschließlich aufgrund der »Flüchtlingskrise« erklären lässt. Vielmehr scheint es, dass es sich hierbei um Anlässe handelt, die Artikulationsmöglichkeiten für länger existierende Einstellungen bieten.

In den Ergebnissen von Richter/Bösch haben starke AfD-Wahlergebnisse ihre Vorgeschichte in starken Ergebnissen für die NPD in vorangegangenen Wahlen. Diese These hatte eine starke Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden.

Franz/Fratscher/Kritikos haben sich dem in ihrer Studie ebenfalls zugewandt und überprüft, inwiefern dieser Indikator »Ausreißer« aus einem Schema von soziostrukturellen und ökonomischen Indikatoren erklärt. Es wurde also untersucht,

inwieweit ein Zusammenhang zwischen dem »unerklärten« Teil der Variation in den AfD-Ergebnissen 2017 und dem Zuspruch zu rechten Parteien in der Vergangenheit insbesondere zur NPD bei der Bundestagswahl 2013 besteht ... Sowohl für ost- wie auch für westdeutsche Wahlkreise findet sich ein positiver Zusammenhang ... Diese Variable zeigt für ostdeutsche Wahlkreise eine höhere Korrelation zum AfD-Wahlergebnis als für westdeutsche. (S. 142)

Als Erklärung bieten Franz/Fratscher/Kritikos - nah bei Richter/Bösch - an,

dass in Wahlkreisen, in denen schon in der Vergangenheit Parteien am rechten Rand Zuspruch fanden, bereits organisatorische Strukturen oder in der Bevölkerung verbreitete Stimmungen existierten, die von der genutzt werden können. So zeigen andere Analysen, dass zwischen den Verlusten der NPD zwischen den Wahlen 2013 und 2017 und dem Ergebnis der AfD ein positiver Zusammenhang besteht. (S. 142)

Helbling/Strijbis stellen als ein wichtiges Ergebnis ihrer Untersuchungen aus dem Jahr 2017 heraus,

dass in Deutschland schon zu früheren Zeitpunkten mindestens ähnlich breite Bevölkerungsschichten der Einwanderung gegenüber kritisch eingestellt waren. Und bis auf eine kurze Unterbrechung während der Eurokrise haben sich die Einstellungen der Deutschen zur europäischen Union in den letzten vierzig Jahren kaum verändert. Beides deutet darauf hin, dass der mit der Bundestagswahl 2013 einsetzende Erfolg des Rechtspopulismus nicht primär mit der Wirkung von Euro- und Flüchtlingskrise auf die Einstellungen der Bevölkerung erklärt werden kann. Vielmehr scheint die bereits davor vorhandene Nachfrage nach nationalkonservativer Politik für eine erfolgreiche rechtspopulistische Bewegung ausreichend gewesen zu sein. Dies umso mehr als dass es in Deutschland — wie in anderen Ländern — eine große Kluft in den Einstellungen zwischen Eliten und der übrigen Bevölkerung gibt. Denn ... in Deutschland (sind) die Eliten Einwanderung und supranationaler Integration gegenüber sehr positiv eingestellt und unterscheiden sich darin tatsächlich deutlich von weiten Teilen der Bevölkerung. (S. 8)

KULTURELLE DIMENSION. LEBENSWEISEN, MENTALITÄTEN IM WANDEL.

DIE LEBENSWELT DER AfD-ANHÄNGERSCHAFT

Brenke/Kritikos machen deutlich, dass die AfD-Anhängerschaft in ihrer Masse nicht auf Rosen gebettet ist und dass sie für ihre vergleichsweise bescheidenen Einkommen überdurchschnittlich hart arbeiten muss:

Beim bedarfsgewichteten Einkommen fällt die Wählerschaft der AfD relativ stark zurück — sogar hinter die der Linkspartei. Im Vergleich gibt es in AfD-Haushalten also entweder weniger Haushaltsmitglieder, die ein Einkommen beziehen, oder es sind größere Haushalte zu versorgen. (S. 601) Werden die persönlichen Einkommen auf die üblicherweise geleistete Arbeitszeit bezogen, kamen die Personen mit einer Wahlpräferenz für FDP und Grüne 2016 auf die höchsten Stundeneinkommen, die Wählerschaft der AfD auf geringe. Das gilt insbesondere, wenn man den Medianwert der Einkommen pro Arbeitsstunde betrachtet. Ein großer Teil der AfD-Anhängerschaft verdient mithin wenig. Sie schneiden zu einem großen Teil sogar schlechter ab als die Nichtwählergruppe. ... Ein Teil der AfD-Anhängerschaft kommt auf ein nur spärliches Stundeneinkommen; beim Monateinkommen liegen sie indes aufgrund vergleichsweise langer Arbeitszeiten nicht so weit zurück. (S. 602)

Allerdings gibt es keinen linearen, quasi automatischen Zusammenhang zwischen tatsächlicher ökonomischer Lage und politischer Orientierung hin zum Rechtspopulismus. *Hilmer/Kohlrausch* u.a. betonen,

dass sich die Bereitschaft zur AfD-Wahl nicht dadurch erklären lässt, dass sich die Wähler in einer für ihre soziale Existenz objektiv bedrohlichen Lage befänden. Dadurch rückt die Frage in den Vordergrund, wie die AfD-Wähler ihre soziale Position wahrnehmen. Dabei wird schnell deutlich: stärker als andere kämpfen sie mit (subjektiven) Abstiegserfahrungen und Zukunftsängsten.« (S. 28) - »... die individuelle soziale Einordnung hat – unabhängig von der jeweiligen individuellen Einkommens- und Berufsposition – einen eigenen Erklärungsgehalt in Bezug auf die Entscheidung, AfD zu wählen. Dieser Aspekt der Selbsteinordnung ist auch eng mit Fragen der Gerechtigkeitswahrnehmung verbunden: Die subjektive Eingruppierung in der Gesellschaft korreliert signifikant positiv (0,2) mit der Einschätzung, wie gerecht die Gesellschaft organisiert ist. Anders ausgedrückt, je schlechter es jemandem subjektiv geht, als desto ungerechter empfindet er die Gesellschaft. (S. 29)

Follmer/Kellerhoff/Wolf machen in ihrer Studie zu antipluralistischen Einstellungen auf zwei Aspekte aufmerksam, darunter ebenfalls auf das subjektive Empfinden der eigenen Lage:

In soziostruktureller Hinsicht zeigt sich ein Einfluss des Bildungsniveaus: Befragte mit einem überdurchschnittlichen Antipluralismusindexwert sind im

Schnitt formal etwas niedriger qualifiziert. Einen deutlichen Einfluss hat auch die Empfindung der eigenen wirtschaftlichen Lage: Wird diese schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt, steigt der Anteil der Antipluralisten deutlich. Dies bestätigt der Blick auf objektive Einkommenswerte anhand der relativen Position zu einem berechneten Äquivalenzeinkommen (Haushaltseinkommen gewichtet über die Haushaltsgröße und -zusammensetzung nach OECD-Vorgaben). So ist der Anteil der Befragten mit geringerem Einkommen in der Gruppe der Antipluralisten deutlich größer. (S. 11)

WORUM ES GEHT

Eversberg charakterisiert die erstarkenden »autoritär-nationalistischen Kräfte« als

vertikale Klassenallianz zwischen Teilen der Eliten einerseits und der Mittel- und Unterklassen andererseits aufgezeigt, deren gemeinsames Ziel darin besteht, die ökonomisch-soziale Transformation vom organisiert-kapitalistischen Gesellschaftsmodell der Nachkriegszeit zum heutigen flexibel-kapitalistischen Regime rückgängig zu machen.

Dieser Ansatz habe zugleich klare Grenzen. Eversberg unterstreicht,

dass sich der ... Konflikt zwischen »progressiv- neoliberalen« (Fraser) und autoritär-nationalistischen Kräften vollständig auf dem Boden der imperialen Produktions- und Lebensweise abspielt und sich lediglich darum dreht, wie diese ausgestaltet und verteidigt werden soll.

KULTURKAMPF ALS METHODE UND BASIS

Weiß macht deutlich, die Neue Rechte habe

durchaus verstanden, dass es einen »vopolitischen« Raum gibt, der lange und geduldig beackert werden muss, wenn man einmal ernten möchte. ... Insgesamt wird ein großer Teil der Energie auf die Inszenierung eines Kulturkampfes verwandt. Dazu zählt etwa die breite Agitation gegen die Gleichstellung von Homosexuellen oder gegen eine vernünftige Sexualerziehung. Hier sieht man Grundfesten des eigenen Weltbildes in Gefahr, entsprechend vehement wird agiert.

Wie sich zeigt, gibt es für solche Ansätze tatsächlich eine relativ breite Basis in der Gesellschaft. Hartl/Faus betonen, es lasse sich

nicht einfach aus der Lebenswelt ableiten, warum Menschen mit der AfD sympathisieren. Schließlich gibt es Millionen andere, die ein ähnliches bürgerliches Leben führen und denen es nicht im Traum einfallen würde, die AfD zu wählen. Doch woran liegt es dann? Die Antwort: Es liegt an dem Gefühl, dass die eigenen Werte und Einstellungen in der Gesellschaft nicht mehr repräsentiert, sondern im Zuge des gesellschaftlichen Wandels herabgestuft und von anderen Werten abgelöst werden.

Die eigenen Wertvorstellungen scheinen nicht kompatibel mit dem Zeitgeist zu sein. Soziale und kreative Werte wie Toleranz, Empathie, Selbstverwirklichung, Neugier oder auch Spaß, die in modernen, globalisierten Gesellschaften betont werden, spielen unter AfD-Sympathisanten kaum eine Rolle. Ihr Fokus liegt stattdessen auf traditionellen, 'preußischen' Werten wie Pünktlichkeit, Respekt, Höflichkeit oder Pflichtbewusstsein. Auf diese Weise entsteht der Eindruck, dass die eigenen Bedürfnisse im gesellschaftlichen Diskurs ignoriert werden. ...

Weil die Werte, die den AfD-Sympathisanten wichtig sind, weder von der Politik noch von anderen gesellschaftlichen Institutionen im gewünschten Maße aufgegriffen werden, verstärkt sich das Gefühl, irgendwie nicht mehr in die Zeit zu passen. Das führt zu einem tiefen Misstrauen gegenüber der gesellschaftlichen 'Elite'. Egal ob Politik, Medien, Unternehmen oder Kirchen, sogar Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften: Sie alle besitzen aus Sicht der AfD-Sympathisanten nur geringe Glaubwürdigkeit. Zudem blicken sie sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern wehmütig auf 'die gute alte Zeit' zurück.

Hilmer/Kohlrausch u.a. erläutern dies aus ihrer Sicht so:

Die subjektive Wahrnehmung von Bürgern, die anfällig für Rechtspopulismus sind, ist geprägt durch persönliche Zurücksetzung: AfD-Wählerinnen und AfD-Wähler ordnen sich unabhängig von ihrem realen Einkommen in der Gesellschaft niedrig ein und erleben im Vergleich zu den Eltern einen sozialen Abstieg. Gleichzeitig empfinden sie einen dreifachen Kontrollverlust: In persönlicher Hinsicht – mit Blick auf den technologischen Wandel und Zukunftsängste, in politischer Hinsicht – Politik und Institutionen werden als abgehoben empfunden und enttäuschen das Bedürfnis, gehört zu werden, und in nationalstaatlicher Hinsicht – der Staat kommt seiner Aufgabe nicht ausreichend nach, die eigene Bevölkerung zu schützen, wie z.B. im Fall der Aufnahme von Flüchtlingen. (S. 6)

Eine Contraposition zu den bisher zusammengetragenen Einschätzungen bezieht Kohlrausch. Gegen diese These, »dass das Erstarken der AfD mit einer Art Kulturkampf um die Errungenschaften gesellschaftlicher Modernisierung zu erklären sei« (S. 6), setzt Kohlrausch ihrerseits die These, »dass soziale Verunsicherung und soziale Angst wichtige Treiber der AfD Wahl sind« (S. 4), dass das Erstarken der AfD sehr wohl in einem »Zusammenhang mit der sozialen Situation der wahlberechtigten Bürger/innen« (S. 6) stehe.

Kohlrausch behauptet nicht, dass es sich um die alleinigen Treiber handelt, aber besteht darauf, dass ohne Beachtung der sozialen Situation

wichtige Ursachen für den Aufschwung dieser Partei im Dunkeln bleiben (S. 6).

Dies allerdings stellen auch die anderen Autoren nicht grundsätzlich in Zweifel. Zudem bleibt bei Kohlrausch am Ende weitgehend offen, welche anderen »wichtigen Treiber« noch identifiziert werden könnten und in welchem Verhältnis sie zueinanderstehen. Das eigentliche

Problem könnte indes in einer unfruchtbaren begrifflichen Scheidung liegen, nach der »Interessen« oftmals auf »materielle Interessen« und »Kultur« auf immaterielle Werte verkürzt werden bzw. wonach materielle und postmaterielle Orientierungen miteinander im Konflikt liegen.

EMPFEHLUNGEN FÜR GEGENSTRATEGIEN

GRUNDSÄTZLICHES

Hartl/Faus verweisen auf die für ein bestimmtes Wertemilieu entstandene Vertretungslücke, die auch durch die sich immer weiter nach rechts radikalisierte AfD nicht geschlossen werde, und fordern die demokratischen Parteien auf

besser zu erklären, warum man etwas macht und warum das den Werten der Partei entspricht.

Zugleich betonen sie einen gesellschaftlichen Kontext, in dem man

immer wieder neu aushandeln (muss), wie unser Zusammenleben aussehen soll. Klar ist: Solange sich Meinungen und Einstellungen im demokratischen Rahmen befinden, muss eine Gesellschaft sie aushalten, auch wenn sie nicht mehr dem Zeitgeist entsprechen. ... Fest steht aber auch: Falls die demokratischen Grenzen überschritten werden, muss dies sanktioniert werden. Im Idealfall durch die Zivilgesellschaft im Notfall aber auch mit den Mitteln des Rechtsstaates.

Follmer/Kellerhoff/Wolf legen auf neben dem Dialog zugleich Wert auf politisch-konzeptionelle Schlussfolgerungen und stellen heraus,

dass auch der Umgang mit der populistischen Herausforderung generell differenziertere Strategien erfordert. Dazu gehört auf der einen Seite die Bereitschaft, sich auf eine offene politische Auseinandersetzung einzulassen, anstatt das Gespräch zu verweigern. Auf der anderen Seite ist eine achtsame Sozialpolitik, Stadt- und Regionalplanung gefordert, die objektive Ursachen von Benachteiligung angeht.

Richter/Bötsch gehen stärker auf inhaltliche Fragen ein und machen auf einen Grundfehler der gegenwärtigen Auseinandersetzungen aufmerksam:

Immer dann, wenn Anlässe mit Ursachen verwechselt werden, läuft der demokratische Diskurs Gefahr, zum Zugpferd rechtspopulistischer Diskursstrategien zu werden. Anlässlich der aktuellen Situation lässt sich gut zeigen, dass die Interpretation der »Flüchtlingskrise« als Ursache die Gefahr eines Rechtsrucks quer durch die Parteienlandschaft birgt. Da der AfD-Wahlerfolg im öffentlichen Diskurs meist ausschließlich durch die

»Flüchtlingskrise« begründet wird, wenden sich die Parteien vermehrt dem restriktiveren Umgang mit Einwanderung zu, anstatt eine nachhaltige Debatte über Ursachen und Umgang menschenfeindlicher Einstellungen zu führen.

Helbling/Strijbis schlussfolgern aus ihrer Untersuchung der historischen Entwicklung der Einstellungen in der Bevölkerung zu Einwanderung und europäischer Integration als Schlüsselthemen des Rechtspopulismus:

Einen klaren historischen Trend zu ablehnenden Einstellungen hierzu gibt es nicht. Wenn schon, lässt sich — wie in anderen Studien (Decker u. a. 2016; Zick, Küpper und Krause 2016) — für die Einstellungen gegenüber Einwanderern ein Trend zu positiveren Einstellungen konstatieren. Im westeuropäischen Vergleich liegen die Deutschen in ihren Einstellungen gegenüber Einwanderung etwa im westeuropäischen Mittelfeld. Im Unterschied zu anderen Ländern waren die Deutschen ihrer Mitgliedschaft der EIJ gegenüber aber immer sehr positiv eingestellt. Und selbst im Zuge der Eurokrise gehörte Deutschland zu jenen Ländern, welche der EIJ eher positiv gegenüberstanden. Insgesamt kann also konstatiert werden, dass in den letzten Jahren die Nachfrage nach nationalkonservativen Positionen recht stabil geblieben ist. Ebenfalls war das Potenzial für rechtspopulistische Parteien in dieser Hinsicht eher geringer als im europäischen Durchschnitt. (S. 32)

Dass die »Nachfrage nach nationalkonservativen Positionen recht stabil geblieben« und demzufolge auch nicht gewachsen ist (der wachsende Zustrom zur AfD sich demzufolge also innerhalb dieses Nachfrage-Potenzials vollzog), hat aber auch seine Schattenseite: Nach Einschätzung von Helbling/Strijbis

dürfte das Potenzial für eine rechtspopulistische Partei mittlerer Größe vorhanden bleiben. ... Dazu trägt der große Unterschied in den Einstellungen zwischen Eliten und breiten Bevölkerungsschichten zu nationaler Öffnung und Abgrenzung bei. Denn diese Diskrepanz dürfte kein kurzfristiges Phänomen sein und damit auch in Zukunft Rechtspopulisten dazu dienen, Teile der Bevölkerung gegen die kosmopolitischen Eliten zu mobilisieren. (S. 33)

Hilmer/Kohlrausch u.a. warnen zudem,

die Grundsätze der repräsentativen Demokratie (haben) einen durchweg schweren Stand in der Bevölkerung. Eine Mehrheit meint, die Politiker müssten vor allen Dingen den Willen des Volkes ausführen statt selbstständig zu entscheiden (59 Prozent). Direkte Mehrheitsdemokratie, nicht Ausgleich von Interessen steht dabei im Vordergrund. Rechtspopulisten, die ihrerseits den vermeintlichen Willen des Volkes beschwören, bietet sich also eine Angriffsfläche bereits im Demokratieverständnis vieler Bürger. (S. 21)

ANSATZPUNKTE FÜR GEGENSTRATEGIEN

Lengfeld kam auf der Basis der Analyse von Daten aus dem Spätherbst 2016 im Sommer 2017 zu dem Ergebnis:

Wenn die AfD von den Modernisierungsverlierern, wie gezeigt, nicht öfter gewählt werden würde, als von den Mittelschichten und den gesellschaftlich Bessergestellten, so werden Wahlkampfstrategien der anderen Parteien, die die materiellen Interessen der Modernisierungsverlierer adressieren, nicht sehr erfolgreich sein. Ein »kleine Leute“-Wahlkampf von SPD, CDU & Co. wird den Erfolg der AfD in der Bundestagswahl 2017 daher wahrscheinlich nicht maßgeblich gefährden. Denn offensichtlich sind die Gründe, die Menschen dazu bringen, die AfD zu unterstützen, andere als wirtschaftlicher Art. (Lengfeld 2017b)

Allerdings räumte Lengfeld selbst ein, dass im Datensatz unter den »Modernisierungsverlierern«, wozu er vor allem formal niedrig Qualifizierte, Geringverdiener und Arbeiter zählt, ein deutlich überdurchschnittlicher Anteil von Unentschiedenen gewesen sei.

Interessanter sind die Betrachtungen auf der Basis des tatsächlichen Wahlverhaltens. Richter/Bötsch setzen nicht in erster Linie darauf, an die AfD verlorene Wählerinnen und Wähler »zurückzuholen«, wie es von den konkurrierenden Parteien vordergründig beabsichtigt wird:

Erfolgversprechender, als sich nun mit inhaltlichen Angeboten ausschließlich an jene zu richten, die sich ohnehin entschieden haben, erscheint es stattdessen, die Aufmerksamkeit insbesondere auf die große Gruppe der Nichtwähler_innen zu richten. ... Diese ist mit ca. 23% die größte Gruppe, hinter den CDU-Wähler_innen, und repräsentiert damit in etwa ein Viertel der Wahlberechtigten insgesamt ... Diese Gruppe hat 2017 gar keine Partei gewählt und damit auch nicht die AfD. Hinsichtlich der im Verhältnis starken wirtschaftlichen und materiellen Deprivation in Wahlkreisen mit hohen Nichtwähleranteilen wäre es notwendig, innerhalb der Parteien Konzepte zu entwickeln, die über die soziale und materielle Teilhabe Nichtwähler_innen wieder in den demokratischen Diskurs integrieren.

In diesem Zusammenhang empfehlen Richter/Bötsch:

- *bundesweit eine Stärkung der lokalen demokratischen Kultur durch intensivierte Anstrengungen, neue Beteiligungsformate sowie die langfristige Absicherung der Demokratieförderung. ... Die neue Bundesregierung ist in der Verantwortung, zivilgesellschaftliches Engagement für demokratische Kultur anzuerkennen und zu unterstützen.*
- *die soziale Frage und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht den extremen Rechten zu überlassen. Insbesondere der völkische Höcke-Flügel der AfD begibt sich zunehmend auf einen sozialpopulistischen Kurs: Die Rolle als Kümmerer der unteren und mittleren Einkommen und als Antwortgeber für sozial Unzufriedene und politisch Suchende dürfen die demokratischen Parteien nicht den Rechtsradikalen überlassen.*

Franz/Fratscher/Kritikos argumentieren in eine ähnliche Richtung, wenn sie ihrerseits »Handlungsbedarf für die Wirtschafts- und Sozialpolitik« ableiten:

Die soziale Teilhabe muss verbessert und mehr Gewicht auf die Entwicklung strukturell schwacher Regionen gelegt werden. Derzeit lassen sich bei der öffentlichen Grundversorgung (etwa mit Schulen und Krankenhäusern) auf lokaler Ebene Tendenzen beobachten, die bestehende wirtschaftliche Gefälle zu verstärken drohen. Setzt die Politik diese Strategie fort, nimmt sie die Zunahme regionaler Disparitäten und damit wohl auch die Verstärkung politischer Polarisierung billigend in Kauf. Um dieser Entwicklung in den weniger verdichteten Räumen der ostdeutschen Wahlkreise entgegen zu wirken, ist die Politik in Bund, Ländern und Kommunen gut beraten, in strukturschwachen Regionen öffentliche Investitionen zur Absicherung dieser Grundversorgung zu stärken, diese Infrastruktur also eher aus- statt abzubauen und über gezielte Anreize für private Investitionen in diesen Regionen nachzudenken. Auch eine Entschuldung überschuldeter Kommunen bekommt vor diesem Hintergrund neues Gewicht. (S. 144)

De Vries/Hoffmann machen den europapolitischen Aspekt stark und drängen auf mehr Realitätsbewusstsein und Umdenken in der Politik:

Der europapolitische Diskurs wird derzeit geprägt durch international vernetzte und denkende Akteure, die Anhänger von Globalisierung und europäische Integration sind, sowie von Akteuren, die beides jeweils ablehnen. Wir haben zudem eine dritte Gruppe identifiziert: diejenigen, die die Globalisierung fürchten, jedoch die EU als Teil der Lösung ihrer Probleme sehen. Diese Gruppe unterstützt linke Parteien und wünscht sich mehr europäische Kooperation, insbesondere mit Blick auf finanziell angeschlagene Mitgliedsstaaten oder den Zuzug von Migranten. Das bedeutet, dass es neben einer kleineren Gruppe von Europäern, die internationale Verflechtung ablehnen und zur populistischen Rechten tendieren, eine Mehrheit gibt, die der Meinung ist, die EU stelle ein gutes Instrument dar, um mit Problemen fertig zu werden, die mit Globalisierung verbunden werden. Diese Erkenntnisse sind ein deutlicher Auftrag an alle Regierungsvertreter und Vertretern der EU-Organe zur Neugestaltung der EU (post Brexit). (S. 22)

Hilmer/Kohlrausch u.a. weisen hin auf eine

spezielle Gruppe der unteren Mittelschicht ... (Einkommen unter 2.500 Euro und maximal mittlere Reife und Zustimmung zu der Aussage »Was mit mir passiert wird irgendwo draußen in der Welt entschieden«),

bei der

Unsicherheitserfahrungen am Arbeitsplatz und mangelnder tarifvertraglicher Schutz treibende Faktoren für die AfD-Wahl sind. Gestaltungserfahrungen dagegen schützen vor Rechtspopulismus: Diejenigen in dieser Sub-Gruppe, die sich ehrenamtlich engagieren und Mitglied in einer Nicht-

Regierungsorganisation sind, wählen signifikant seltener AfD. Dies ist zwar auch im Gesamtsample der Fall, aber dort ist der Effekt deutlich geringer. (S. 50)

LINKE UND AfD

Vehrkamp/Wegschaidt prognostizieren zum Konflikt der Partei DIE LINKE und der AfD:

Die Auseinandersetzung der beiden Parteien wird sich sehr wesentlich an der ... beschriebenen neuen Konfliktlinie der Demokratie in Deutschland austragen.

Dazu merken sie an:

Auffällig ist allerdings, dass DIE LINKE nur in den drei Milieus verliert, in denen die AfD überdurchschnittlich stark zugelegt hat: bei den Prekären (-6 Prozentpunkte), in der Bürgerlichen Mitte (-2 Prozentpunkte) und bei den Traditionellen (-1 Prozentpunkt). Damit hat sich das soziale Profil der LINKEN in Richtung der Milieus der Modernisierungsbefürworter verschoben.

Und sie schlussfolgern,

dass DIE LINKE den Kampf um ihr früheres Kernmilieu der Prekären bereits weitgehend verloren hat. Der LINKEN ist damit in ihren Kernwählermilieus eine rechtspopulistische Konkurrenz entstanden, gegen die sie noch keine Strategie entwickelt hat.

De Vries/Hoffmann, in deren Sicht die AfD den »rechten Populismus« verkörpert, während DIE LINKE hier als Partei des »linken Populismus« gefasst wird, macht trotz dieser fragwürdigen Verortung auf einen wesentlichen Aspekt in der Auseinandersetzung beider Parteien aufmerksam:

In diesem Zusammenhang gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen den Anhängern der populistischen Linken und der populistischen Rechten: Beide sehen die Globalisierung als Bedrohung. Doch während sich die Linken mehr europäische Zusammenarbeit wünschen, fordern die Rechten weniger.

Dies weist deutlich darauf hin, dass es auch bei der Linken darauf ankommt, den Entwicklungen am rechten Rand des politischen Spektrums nicht hinterherzulaufen, sondern eigenständige, substantielle politische Lösungen zu entwickeln und zu verbreiten. De Vries/Hoffmann:

Linksgerichteten Politikern und Vordenkern sollte angesichts unserer Ergebnisse zu denken geben, dass Fragen der gerechten Verteilung wirtschaftlichen Wohlstands derzeit weit unten auf der Prioritätenliste der Europäer liegen. Selbst diejenigen, die Globalisierung fürchten, definieren sie zwar ökonomisch, sehen aber Sicherheit und Migration an vorderster Stelle der politischen Aufgaben. (S. 22f.)

Erfolgreiche politische Maßnahmen können nicht ausschließlich auf dem Sichern von Wirtschaftswachstum, auf Umverteilung oder dem Verringern der Einwanderung basieren – sowohl Links als auch Rechts sollten ihre analytischen Reflexe im Zaum halten. Ebenfalls kann es keine schnellen und kurzfristigen Lösungen geben. Sie müssen ebenfalls auf die politischen Reflexe Acht geben. Menschen ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln in einer immer weiter zusammenwachsenden Welt bedarf neuen Denkens auf allen Seiten. (S. 23)

ZUSAMMENFASSUNG UND KOMMENTAR

Die aktuellen Studien, Forschungen und Deutungen zur AfD und ihrem gesellschaftspolitischen Hinterland lassen sich zu einem relativ konsistenten, in sich stimmigen Bild zusammenfügen - unterschiedliche Ansätze und Perspektiven können als ergänzend statt als kontrovers gelesen werden.

Aufkommen und Etablierung der AfD, dies zeigt die Auswertung der Studien, sind Ergebnis eines längerfristigen Prozesses, der einerseits durch eine zunehmende Zahl ungelöster zentraler sozial-ökonomischer Probleme, andererseits - und dieser Aspekt sollte in der künftigen Diskussion deutlich stärker gemacht werden - durch eine damit verbundene Delegitimierung der herrschenden politischen Eliten - incl. der LINKEN - und ihrer ideologischen Deutungsangebote gekennzeichnet ist.

Die Bundestagswahl 2017 und hier vor allem der erstmalige Einzug einer rechtspopulistischen Partei - noch dazu mit starkem Ergebnis - in das deutsche Parlament war unstreitig eine historische Zäsur für das Nachkriegsdeutschland. Um sie besser zu verstehen, ist es sinnvoll, gedanklich bis zu letzten davor liegenden Zäsur dieser Dimension zurückzugehen: Fall der Mauer, Ende der Systemkonfrontation, deutsche Einheit. Seither haben sich zentrale politische und gesellschaftliche Erwartungen, Zusagen und Wertefundamente als brüchig oder nicht haltbar erwiesen - man denke nur an

- das 1990/91 abgegebene Versprechen von »blühenden Landschaften in drei, vier, fünf Jahren“, wobei und wonach es »keinem schlechter, aber vielen besser gehen« sollte;
- die Spendenaffäre um die CDU und Helmut Kohl Ende der 90er Jahre, die zu einer nachhaltigen Irritation des wertkonservativen Teils der Gesellschaft führte und in der Union die Tür zum Modernisierungskurs von Angela Merkel öffnete;
- die umstrittenen und tiefgreifenden Sozialstaatsreformen der Ära Schröder/Münterfering, die eine Aufkündigung des alten rheinischen Sozialstaats-Versprechens waren und auch so empfunden wurden;
- die Banken- und Euro-Krise 2008ff., die das neoliberale Narrativ als Regulationsversagen mit äußerst hohen gesellschaftlichen Kosten entlarvte, ohne ein neues Narrativ hervorzubringen;
- der externe Schock der dramatischen Flüchtlingsbewegungen ab 2014/15, der aus unterschiedlicher Perspektive zur Befürchtung bzw. zur Deutung als »Staatsversagen« führte und von den einen als Zusammenbruch des gewohnten staatlichen Ordnungsversprechens in Deutschland empfunden, für die anderen als Anlass zu einem breiten solidarischen Aufbruch und zugleich zur Erfahrung mangelnder staatlicher Unterstützung verstanden wurde.

Alle diese Entwicklungen hatten unübersehbare Auswirkungen auf das parteipolitische Spektrum in Deutschland:

- zunächst in der Etablierung der PDS als ostdeutscher Volkspartei,
- dann in der Bildung der WASG und deren Fusion mit der PDS zur LINKEN,
- und schließlich in der Schließung der Ende der 90er Jahre offen aufbrechenden Vertretungslücke rechts - in einem ersten Schritt durch die Lucke-AfD, in einem differenzierten zweiten Schritt durch die Gauland-AfD.

Für Ostdeutsche fanden diese Erfahrungsbrüche noch sehr spezifische Ergänzungen. Sie nährten grundlegende Zweifel

- an der ökonomischen Zweckmäßigkeit des Wegfalls von Grenzen angesichts des nach 1989 ausbrechenden massiven Wettbewerbsdrucks
- an der Rechtstreue der die Eliten in West wie Ost dominierenden »Wessis«
- an der Verlässlichkeit sozialer und sozialstaatlicher Zusagen und Institutionen
- an der Bereitschaft von Staat und EU zur ausgewogenen und sozial verantwortungsbewussten Verteilung von Ressourcen.

Dies wiederum mag mit erklären, warum es gerade in Ostdeutschland auf der parteipolitischen Ebene zu wesentlich deutlicheren Ausschlägen als im Westen kam.

Mitgedacht werden sollte auch, dass sich ab 1989/90 die Architektur der gesellschaftspolitischen Kultur in der Bundesrepublik wandelte. In der Nachkriegszeit war es immer wieder gelungen, in der sehr »mittig« orientierten westdeutschen Gesellschaft einen in sich pluralistischen und bemerkenswert integrationsfähigen hegemonialen Block zu konstituieren, der die freiheitlich-demokratische Grundordnung vertrat und trug, während Milieus bzw. Kräfte tabuisiert und marginalisiert wurden, die rechts und links des demokratischen Spektrums sowie in seinen Grauzonen durchaus bestanden und sich auch wandelten. Mit konstituierend waren externe Faktoren - von der bestimmenden Rolle der West-Alliierten nach 1945 von der dann durchgesetzten Westorientierung und EU-Einbindung der Bundesrepublik bis hin zur Bündnis-Räson und Polarisierung im Kalten Krieg.

Diese Architektur wandelte sich nach 1990 -

- einerseits durch eine kulturelle und politische Gegenströmung gegen die pauschale Abwertung und Dämonisierung in der DDR gelebten Lebens, insbesondere von alltagswirksamen Werten von Solidarität und sozialer Verantwortung;
- andererseits durch eine massiv aufbrechende Debatte um den Wert von Nation und nationaler Zusammengehörigkeit bzw. Verantwortung vor allem in den 90er Jahren, die nicht nur wertkonservativen und nationalliberalen Kräften Auftrieb gab, sondern generell Tabuzonen nach rechts aufbrach.

Aus den disziplinierenden externen Faktoren war zunächst ein politischer, ökonomischer und kultureller externer Schock durch die Mauer-Öffnung und ihre Folgen geworden. Die Westbindung war nicht mehr defensiv und disziplinierend, sondern zunehmend rückten die Frage nach eigenständiger Verantwortung der größer und zunehmend dominant werdenden Bundesrepublik und die Herausforderungen durch die faktische Expansion des eigenen Modells in den Osten ins Zentrum. Waren die Westbindung im Kalten Krieg und die Öffnung nach Osten in den 90er Jahren zunächst gesellschaftlich und ökonomisch profitabel, so erwies sich die internationale Rolle Deutschlands schon bald als auch sehr kostenintensiv. Gleichzeitig vertieften und weiteten sich die globalen Verflechtungen der deutschen Wirtschaft enorm, und zwar in einer Form, die von Beschäftigten oft nur als verschärfter Standortwettbewerb, zunehmende Verunsicherung und wachsende Konkurrenz durch Entgrenzung des Arbeitskräftereservoirs wahrgenommen werden konnten, weil die gewerkschaftliche Kontrollmacht erodierte und sozialstaatliche Regelungen in nationalstaatlicher Souveränität verblieben und so Teil des Standortwettbewerbs wurden. Alles in allem: Der hegemoniale Block der Bonner Republik, wie er 1989/90 bestand, ist zwar noch existent - aber seine Legitimation ist erodiert, seine Basis

deutlich schmaler geworden, seine Integrationskraft gesunken und seine Monopolstellung dahin.

All diese Entwicklungen gehören zum Nährboden der politischen Veränderungen und Umbrüche, die in diesem Bericht untersucht wurden, und zum Problemhorizont für den Umgang damit. »Flüchtlingskrise« und »Flüchtlingspolitik« sind nicht Ursache, sondern eher Auslöser und maximal Beschleuniger dessen, was wir hier vorläufig weiterhin als »rechtspopulistischen« Hype benennen. Die AfD-Wählerschaft tickt nicht »wegen der Flüchtlinge« rechtspopulistisch, sondern die »Flüchtlingskrise« wurde zum politischen Drama, weil sie rechtspopulistischen Einstellungen die Gelegenheit bot, sich zu offenbaren und auszuleben.

In diesem Prozess, das zeigt die Auswertung der Studien, sind als (nur) erste Etappe bereits gesellschaftliche Biotope entstanden, in denen sich sozial-ökonomische Abgehängtheit, Abkoppelung von Demokratie und Zivilgesellschaft sowie Akzeptanz und Deutungsmacht rechtsradikaler Positionen miteinander verbunden haben und das gesellschaftliche Mikro-Klima für eine starke und erstarkende AfD schaffen.

Die Formierung solcher sozialräumlich zu identifizierender Biotope kann überdurchschnittliche Zustimmung für die AfD in bestimmten sozialstatistischen, sozioökonomischen Merkmalsgruppen erklären helfen: überdurchschnittlich im Osten Deutschlands, überdurchschnittlich unter Männern zwischen 40 und 60 Jahren mit einer mittleren Qualifikation, überdurchschnittlich unter Befragten, die sich selbst als Arbeiter einstufen, überdurchschnittlich in Einkommensgruppen, die der unteren Mittelschicht zuzuordnen sind, überdurchschnittlich in Regionen, sozialen Nahräumen, die nicht zu den dynamischen Zentren und Vorreitern der Modernisierung zu zählen sind. Bereits diese Aufzählung der Stärken in der Anhängerschaft verweist auf die Vielschichtigkeit der miteinander verwobenen Ebenen der Motiv- und Handlungsfelder: von materieller Abstiegsangst über ausgeprägte Veränderungskepsis bis hin zur Krise traditioneller Männlichkeit. Verbindende Faktoren scheinen weniger eine gemeinsame soziale Lage als vielmehr gemeinsame »Erlebniswelten« und ihre Verarbeitung: Zurücksetzung, Ressentiment, Kontrollverlust, Zorn, ...

Es greift indes zu kurz, das Phänomen des Rechtspopulismus bzw. des Aufstiegs der AfD auf ihre statistisch auffälligen Stärken zu reduzieren. Zur AfD-Anhängerschaft zählen zu einem Drittel auch Modernisierungsbefürworter, ein erheblicher Teil ihrer Anhängerschaft zählt zum gehobenen konservativen Bürgertum. Abstiegsängste stiegen in der obersten Einkommenschicht wieder an, in allen sozialen Merkmalsgruppen der Wahlforschung erhielt die AfD deutlich mehr als 5% usw. Allein in der politischen Typologie von *Müller-Hilmer/Gagné* konnten mit dem »engagierten Bürgertum« und der »kritischen Bildungselite« zwei politische Milieus identifiziert werden, in denen die AfD kaum Rückhalt gefunden hat. Ebenso wäre es angesichts der empirischen Befunde eine unzulässige Verkürzung, die Anhängerschaft der Partei mit der politischen Formierung der Partei als völkisch-nationalistisch-autoritäre Kraft gleichzusetzen. Aus diesem Grund scheint uns die Verwendung des Begriffs »Rechtspopulismus« bis auf weiteres angebracht, nicht so sehr für die AfD selbst, wohl aber für die soziale und politische Bewegung, deren Parteiform sie aktuell ist. Die AfD ist die rechtspopulistische Protestpartei der sozial-kulturell »Abgehängten« und der sich beruflich-sozial-kulturell bedrängt fühlenden »Mitte« - aber eben nicht nur. Sie ist auch die politische Manifestation eines heimatlos gewordenen wert- und nationalkonservativen ideologischen Milieus. Und diese Bewegung ist nicht allein als Folge erlittener Verluste und Zurücksetzungen zu begreifen, sondern auch als Folge

der Ansicht, dass es in Zukunft nicht besser werden wird und das Land sich auf keinem guten Weg befindet.

Die Bundestagswahl 2017 markiert einen Scheidepunkt, an dem voll wirksam und endgültig unübersehbar wurde, was sich seit langem gesellschaftlich aufgestaut hatte. Das wiederum kam nicht von ungefähr. Mit der Krise der Flüchtlingspolitik 2015 wurden die Themen Migration, Integration und damit verbunden der Sicherheit zu zentralen politischen Konfliktthemen, die die Anhängerschaften aller Parteien durchzogen und zu Neuordnungen im Parteiensystem führten. Dass an dieser Frage tieferliegende gesellschaftspolitische Richtungsdebatten über die Zukunft des Landes, in dem sich gut leben lässt (CDU-Wahlslogan), geführt werden, machen die Studien auf verschiedene Weise mit der Betonung neuer Konfliktachsen deutlich, wobei sich auf dem einen Pol Kosmopoliten, Liberal-libertäre und Gewinner (von Globalisierung, Modernisierung) und auf dem anderen Pol Kommunitaristen, Autoritäre und Verlierer (von Globalisierung oder Modernisierung) bzw. »Abgehängte« finden. Diese Deutungen haben jeweils einzelne empirische Befunde für sich, sind aber bereits selbst oftmals Teil der politischen Deutungskämpfe.

Uns erscheint daher die Beschreibung einer neuen zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinie: als eine zwischen »Skeptikern« und »Befürwortern« von Modernisierungsprozessen vorerst hilfreicher. Sie verweist darauf, dass die Konflikte um die Frage, wer welche Veränderungen, vor denen die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft stehen, will und trägt, wer Vorteile daraus erhofft und wer Nachteile befürchtet und erleidet, wer modernisiert und wer modernisiert wird, als grundlegende gesellschaftspolitische Richtungsfragen das Parteiensystem und die demokratischen Institutionen weiterhin in Bewegung halten werden.

Diese Konfliktlinie scheidet einerseits in vielen Fragen die AfD klar von den anderen Bundestagsparteien, andererseits durchläuft sie auch das Lager der anderen Bundestagsparteien. Aus verschiedenen Perspektiven wird deutlich, dass die Zuordnung nicht allein objektiven sozioökonomischen Merkmalen folgt (Verlust von Einkommen, Sicherheit, Status), sondern dem Bild und den Erwartungen, welche man sich von der gesellschaftlichen Entwicklung macht, und wo man den eigenen Platz und die eigenen Möglichkeiten sieht. Skepsis und Befürwortung verteilen sich grundsätzlich quer zu sozialen Schichtungen. Vom Wähler- und Wählerinnen-Potenzial her sind beide Lager etwa gleich groß - jedoch liegt das »Momentum« auf absehbare Zeit eher bei den Modernisierungs-Skeptikern und der AfD. Die AfD könnte auf ihre Anhänger im Lager der Modernisierungsbefürworter verzichten. Keine der Parteien diesseits der AfD könnte derzeit aus dem Lager der »Modernisierungsbefürworter« ausscheiden, ohne wahlpolitisch ihre entscheidende Basis zu verlieren.